

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Bierzeitung 20.- M., monatlich 12.- M.
rest ins Haus, postfrei adhibir. Post-
bezug: Monatslich 12.- M., einjährig, Post-
bezuggebühren. Unter Bezugnahme für
Deutschland, Dänemark, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Litauen und Bessarabien 20.- M. für
das übrige Ausland 25.- M. Post-
belegungen nehmen an Österreich,
Litauen, Tschecho-Slowakei, Dänem-
ark, Holland, Bessarabien, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Inter-
nationalen Beilage „Weltweit“ und der
Beilage „Erdkunde und Weltgeschichte“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
Die unregelmäßigen Kompositionen
kosten 6.- M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.- M. (un-
regelmäßig gedruckt 1.50 M.).
Werbung über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 110 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Erwerbssteuer.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hausgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morixplatz 15195-97
Expedition Morixplatz 11753-54

Mittwoch, den 5. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion und Anzeigen-
Abteilung Morixplatz 11753-54

Eine neue Rede Lloyd Georges.

London, 4. Oktober. (WIB.) In seiner Rede in Inver-
ness (Schottland) erklärte Lloyd George der „Westminster
Gazette“ zufolge: Wenn wir auf die Washingtoner Konfe-
renz gehen, so wird sie ein Ereignis sein, das für Jahr-
hunderte in der Geschichte verzeichnet stehen wird.

Ueber die irische Konferenz sagte der Premierminister, die
Regierung werde sich auf diese Konferenz mit der Invernessformel
begeben, die Konferenz könne nur Erfolg haben, wenn man sich ent-
schließe, auf den gesunden Menschenverstand der beiden
Völker zu vertrauen und nicht verjuche, Extremisten miteinander
zu verjöhnen. — Zur Arbeitslosenfrage sagte Lloyd Geor-
ge, die heutige Arbeitslosigkeit sei nicht eine gewöhnliche Handels-
depression, sondern sie sei auf die anormalen Verhältnisse
und die zerrückenden Folgen des Krieges zurückzu-
führen. Sie sei ein Weltproblem. Man könne kein Geschäft
betreiben, während die Schwankungen des Wechselkurses fortdauer-
ten. Es wäre dasselbe, wie wenn man versuchen würde, bei bewegter
See auf einem Ozeandampfer Billard zu spielen. Der Kredit Eng-
lands sei unendlich höher als der irgendeines anderen am Kriege be-
teiligten Landes in Europa. Er sei zuversichtlich, daß die Lage sich
allmählich festigen werde, wenn die Nationen einsehen,
daß gute Beziehungen wesentlich seien für die nationale
Wohlfahrt. Wenn die Regierung über das Arbeitslosenproblem
einen Beschluß gefaßt haben werde, so werde sie ihn dem Unterhause
unterbreiten, das befugt sei, sein Urteil darüber abzugeben. Män-
ner, die arbeitswillig seien, dürften nicht hun-
gern, solange eine Wohlthat in Speisehaushalt der Nation vor-
handen sei.

„Manchester Guardian“ für Churchills Pläne.

London, 4. September. (WIB.) „Manchester Guardian“ for-
dert in einem Leitartikel eine Neuregelung der inter-
nationalen Schulden als Mittel zur Behebung der Er-
werbslosigkeit. Churchill sehe ein, daß es zum Vor-
teil Englands sein würde, wenn es den größeren Teil der von
Deutschland geschuldeten Rechnung nicht eintreibe. Für die Ver-
einigten Staaten habe jedoch keine Persönlichkeit von
gleicher Befugnis dasselbe erklärt, sogar in Frankreich
dämmere endlich die Ueberzeugung, daß die Wohlfahrt in Frank-
reich in großem Maße von einer Art von industrieller Gemeinschaft
mit Deutschland abhängt, und daß sie bestimmt vernichtet werde,
wenn man versucht, das Unmögliche von Deutschland zu erzwingen.
„Manchester Guardian“ fragt, ob die Alliierten denn auf Amerika
worten müßten, wie Churchill erklärt habe, dann müßte man lange
warten. Wenn, wie zahlreiche befugte Beurteiler erklärten,
Deutschland mit einer Geschwindigkeit abwärts treibe, die in
wenigen Monaten zu seinem finanziellen Zusammenbruch führen
werde, so sei das mehr als England sich leisten könne. Dies
müsse, wenn möglich, verhindert werden. Der Verlust des englischen
Anteils an den Reparationen würde dann nichts sein verglichen mit dem Schaden, den England erleide, wenn
das industrielle Deutschland in den Zustand
Polens verfallen sollte. Andererseits würde Eng-
land durch eine Stabilisierung der deutschen Finanzen
und durch Wiederherstellung Deutschlands mehr ge-
winnen, als es je aus den Reparationen herauszubekommen
hoffen könne. Wenn jedoch die deutsche Mark den Weg der polnischen
Mark gehen würde, so würden die Handelsbeziehungen Englands
mit dem Festlande noch mehr in Unordnung gebracht werden,
als dies bereits jetzt der Fall sei. Der englische Außenhandel werde
nicht gedeihen, ohne daß die australischen Wechselkurse
festig werden. Nichts würde aber zu ihrer Stetigkeit mehr bei-
tragen, als eine Neuregelung der internationalen
Schulden.

London, 4. Oktober. (WIB.) In einem Kohlenbergwerk
in Nordwales wurde bekanntgegeben, daß die Schächte bis auf wei-
teres geschlossen würden. Die Bergwerksbesitzer erklären, daß
es unmöglich sein wird, die Industrie weiterzuführen, wenn nicht
eine Neuregelung der Löhne und eine Verminderung der
hohen Betriebskosten statfinde.

Große Arbeitslosenlandung in London. In London ver-
suchten gestern nachmittags große Mäße von Arbeitslosen sich
nach dem Gemeinderat in Springgaten zu begeben, um die Frei-
lassung der im Gefängnis sitzenden Stadtverordneten von
Poplar zu erwirken. Die Polizei zerstreute aber die Demon-
stranten, bevor sie anlangten und gestattete ihnen auch nicht, sich
auf dem Trafalgar Square zu sammeln.

Neuer englischer Vorschlag für Oberschlesien?

Paris, 4. Oktober. (G.) Dem „Intransigent“ wird
aus Genf gemeldet: Der englische Delegierte Fisher, der gestern
abend nach London reiste, bringt wahrscheinlich ein englisches
Projekt zur Lösung der oberschlesischen Frage mit sich, das er
Lloyd George vorlegen wird und dessen große Linien folgende
sind: Das oberschlesische Problem hat offenbar zwei Seiten,
eine politische und eine wirtschaftliche. Wenn die Zahl

der polnischen Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade die Pro-
jekte Le Ronds rechtfertigen konnte, so muß doch anerkannt werden,
daß im Innern der polnischen Zone große wirtschaftliche
Interessen Deutschlands bestehen, die eine billige
Lösung fordern. Es steht demnach der Kommission vernünftigerweise
zu, beide Projekte gleichzeitig zu berücksichtigen und zu
verfassen, sie mit der größtmöglichen Unparteilichkeit zu lösen.

Der Berichterstatter der „Information“ glaubt zu wissen, daß
das Bevölkerungsproblem zugunsten Polens ge-
löst werden dürfte, und zwar durch eine politische Grenz-
linie, die vielleicht für Polen ungünstiger sein würde als die
Sforzalinie, ihm aber Kompensationen geben würde, indem man
entweder zu deren Grundlage den Umstand wählen würde, daß
die beiden Bevölkerungen an Zahl einander fast gleich kommen,
oder daß man die Ziffern der Einwohner, die nicht abstimmen,
abziehen würde. (?) Die deutschen wirtschaftlichen Interessen
würden durch eine Reihe von Maßnahmen geschützt werden, die auf
dem neuen polnischen Gebiet unter gewissen Vorbehalten voll-
kommen wirtschaftliche Freiheit genießen würden, und zwar Freiheit der Ein- und Ausfuhr, Transporterleichterungen,
finanzielle Abmachungen und Befreiung von Zöllen.

Aus diesen Meldungen scheint hervorzugehen, daß die ober-
schlesische Frage für Deutschland nicht besonders günstig
stehe. Auch die „Bosnische Zeitung“ meldet aus Genf, daß die
Vorschläge des Völkerbundesrates, falls sie auch nur ungefähr den in
Genf umlaufenden Versionen entsprechen, eine schwere Ent-
täuschung für das deutsche Volk bilden dürften.

Eine bürgerliche Mehrheit

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist das
Ziel aller bürgerlichen Parteien.

Eine bürgerliche Mehrheit ist aber nur möglich unter der
Führung der äußersten Reaktion,

auf der die Blutschuld aller begangenen politischen Morde
hastet. Wer bürgerlich wählt, unterstützt die reaktionären
Mordhelfer.

Wer das nicht will, wählt am 16. Oktober die
Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei
(SPD.)

Neue Zusammenkunft Loucheur-Kathenau.

Französische Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens.

Paris, 4. Oktober. (G.) Die erste Besprechung zwischen
Loucheur und Kathenau wird am Donnerstag in
Wiesbaden nach dem Mittagessen stattfinden. Wie wir erfahren, hat
die französische Regierung bereits das Abkommen rati-
fiziert, doch ist nach Ansicht parlamentarischer Kreise zu erwar-
ten, daß diese Tatsache erst nach erfolgter Ratifizierung des Ab-
kommens durch die deutsche Regierung veröffentlicht werden wird.
Loucheur und Kathenau können ihre Abmachungen, die sich bei der
jetzigen Zusammenkunft in erster Linie um die Zusatzproto-
kolle handeln, unterschreiben, wodurch beide jedoch nur per-
sönlich gebunden sind. Das Inkrafttreten der Abmachungen
hängt von der Ratifizierung der Abmachungen durch beide Re-
gierungen ab. Für Loucheur sind für die Dauer seines Wiesbadener
Aufenthalts besondere Vorbereitungen getroffen worden, nament-
lich wird ihm eine eigene Telephonlinie zur Verfügung ge-
stellt werden, damit er jederzeit mit Paris in Verbindung bleiben
kann.

Paris, 4. Oktober. (WIB.) Loucheur reist morgen vormittag
nach Wiesbaden ab.

Wiesbaden vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 4. Oktober. (WIB.) In der Nachmittagsitzung des
Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten
stellte Reichsjustizminister Dr. Schiffer in längeren juristischen
Ausführungen fest, daß sich das Wiesbadener Abkommen
Kathenau-Loucheur innerhalb des Rahmens des Fried-
densvertrags halte. Der Vertreter des Reichsfinanz-
ministeriums berichtete sodann ausführlich über die Auf-
bringung der einen Milliarde Goldmark nach dem
Ultimatum.

Kabinettskrise in Schweden. Wie nach dem Wahlergebnis zu
erwarten war, ist der schwedische Ministerpräsident v. Sydow
zurückgetreten. Der König wird heute die fraktionsführer
empfangen. Bekanntlich wird die Bildung eines sozialisti-
schen Ministeriums unter Branting allgemein erwartet.

Hungersnot und Sowjetregierung

Von N. Grigorjanz.

Um zu zerstören, genügt eine kräftige Faust und Sorg-
losigkeit um die Folgen der Zerstörung. Andere Talente
sind dabei nicht notwendig. Daß die russischen Bolschewiki
als Vertreter der extremsten revolutionären Richtung mit den
beiden bezeichneten Vorbedingungen im reichsten Maße aus-
gestattet sind, wissen wir nur zu genau. Es ist daher kein
Wunder, daß sie nicht imstande sind, Aufbauarbeit zu
leisten oder Aufbauarbeit zu dulden. Mit Wonne
registriert die bolschewistische Presse jeden irgendwo in der
Welt gefallenen Ausbruch, in Rußland könne zurzeit keine
Macht die Bolschewiki ablösen, weil eben, außer den Bolsche-
wiki, alle anderen Schichten der Bevölkerung desorganisiert
und demoralisiert seien. Derartige Ansprüche, die in der Tat
den richtigen Zustand kennzeichnen, bringt die Sowjetpresse
frohlockend zur Kenntnis ihrer Leser. Sie meint dabei, daß
sie etwas außerordentlich Schlag- und Beweiskräftiges für die
Herrschaft des Bolschewismus in Rußland bringt. Sie schätzt
ihre Publikum so gering ein, daß sie sich nicht vorstellt, daß der
Leser auch einmal über die Ursachen des Nichtvorhandenseins
von organisierten öffentlichen Kräften in Rußland nachdenkt.
Wer darüber nachdenkt, der weiß, daß die Sowjetregierung
mit unerbittlicher, eiserner Konsequenz alles das zerstört,
was irgendwie zur Bildung von Kräften führen kann, die ihr
bei irgendeiner Konstellation gefährlich werden könnten. Das
erklärt uns, daß in Sowjetrußland während der letzten vier
Jahre jedes öffentliche Leben abgestorben ist. Nicht einmal
Arbeiterorganisationen können in diesem „Arbeiter- und
Bauernstaate“ bestehen, sobald sich in ihnen ein freierer Geist
zu regen beginnt und auch nichtkommunistische Stimmen sich
hörbar machen.

Als im Juli dieses Jahres die Sowjetpresse die Entdeckung
von der unermeßlichen Hungersnot im Osten des Landes
machte, eine Entdeckung, die für jeden aufmerksamen Beob-
achter der wirtschaftlichen Entwicklung Sowjetrußlands keine
Entdeckung war und sein konnte, da schien es für einen Augen-
blick, daß die Sowjetregierung den Kopf zu verlieren begann.
Die in Moskau noch verbliebenen Männer und Frauen, die
in der vorbolschewistischen Zeit im öffentlichen Leben eine
Rolle spielten und zu den Gegnern der Bolschewiki gehören,
fanden sich im Nu zusammen, um auf völlig unpolitischer
Grundlage ein Hilfswerk für die Hungerleidenden zu organi-
sieren. Die Urheber dieses Hilfswerkes verhandelten mit
der Sowjetregierung, und diese war sofort bereit, die Organi-
sation zuzulassen, ihr die größte Bewegungsfreiheit einzuräu-
men und überhaupt ihr alle notwendigen Zugeständnisse für
die Entfaltung ihrer Hilfsaktion zugestehen. Ein spezielles
Dekret ordnete mit gesetzlicher Kraft die Bildung dieses Hilfs-
komitees an und legte seine außerordentlich weitgehenden
Vollmachten und Rechte fest.

Die Bildung dieses Komitees war eine Ueberraschung, ja,
sogar mehr als eine Ueberraschung, etwas Unerklärliches in
jeder Hinsicht. War es der Ausdruck davon, daß die Sowjet-
regierung im ersten Augenblick, als ihr das Ausmaß der
Hungersnot und ihre beschränkten Konsequenzen klar wurden,
den Kopf verloren hatte, oder war die Zulassung des Hilfs-
komitees nur die Ausführung eines schlauen Plans?

Verbissene Bolschewiki-Gegner neigen der zweiten Ansicht
zu. Die Annahme ist begründet, daß die Entwicklung anders
vor sich gegangen ist. Anfänglich wurde die Sowjetregierung
durch die Nachrichten aus den Hungergebieten völlig überrast
und ließ sich durch sie zu „Konzessionen“ verleiten. Aber
nicht umsonst ist sie eine „starke Regierung“. Der Schreck
wurde bald überwunden, als man sah, daß die Bewegung
der hungernden Bauern in Schach gehalten werden konnte.
Währenddessen rief die Bildung des aus Männern und Frauen
des öffentlichen Lebens zusammengesetzten Hilfskomitees in
allen westlichen Staaten eine große Sympathiebewegung für
Rußland hervor. Die breite Öffentlichkeit, Presse, Parla-
mente, Regierungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften be-
schäftigten sich mit dem Problem der Hilfeleistung für das hun-
gernde und durch Seuchen zugrunde gehende Volk. Eine große
Bewegung setzte ein. Regierungen erklärten sich bereit, Hilfs-
aktionen ins Werk zu setzen.

Das Moskauer Hilfskomitee stellte sich von Anfang an die
Aufgabe, die Aufmerksamkeit und die Hilfe des Auslandes
soweit wie möglich für die ungeheure Not in Anspruch zu
nehmen, da es seinem Zweifel unterliegt, daß Rußland, sich
selbst überlassen, nur sehr wenig ausrichten kann. Daher
wurde mit der Sowjetregierung vereinbart, daß eine Dele-
gation des Komitees, bestehend aus 5 Personen, sich sofort
ins Ausland begeben solle, um dort die Propaganda aufzu-
nehmen. Die Vereinbarung über die Auslandsdelegation
bildete nach dem ganzen Entstehungsplan des Komitees dessen
Grund- und Kapfeiler, um den sich die ganze Arbeit des
Komitees erst entfalten sollte. Eine wie große Bedeutung der
Entsendung der Delegation beigemessen wurde, kann daraus
ersehen werden, daß in der entsprechenden Sitzung des Komitees
(das war, wenn ich nicht irre, die zweite Sitzung) be-
schlossen wurde, sich nicht eher wieder zu versammeln, als bis die

Sowjetregierung das Dekret mit der Bestimmung über die Auslandsdelegation bestätigen würde. Erst nach erfolgter Bestätigung fand dann auch die dritte Sitzung des Komitees statt.

Indessen konnte die Delegation die Reise gar nicht antreten, da die Sowjetregierung die Ausreise unter allen möglichen Vorwänden verhinderte. Ich glaube, daß erst in dieser Zeit der Plan der von nun an entfalteten Tätigkeit der Sowjetregierung gereift war.

Wir sehen, daß die Ausführung der Auslandsreise der Delegation unter sachlichen Begründungen nicht zugelassen wurde. Das Komitee selbst wurde ebenso überraschend geschlossen, wie feinerzeit zugelassen. Nach innen die alte Taktik: Verhöhnung des gesamten Komitees, Konstruierung eines konterrevolutionären Komplotts, Erschießung von 61 Männern und Frauen in Petersburg und das Schwingen des Schwertes über den Häuptern der Initiatoren des Hilfskomitees, für deren Leben jetzt Nanzen und Udor, der Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, sich einsetzen. Nach außen wieder die alte Annäherung. Die Sowjetregierung ist offenbar selbst überrascht durch den Widerhall, den die Hilfsriefe aus Rußland gefunden haben. Sie wirkt durch die Dritte Internationale auf die kommunistischen Parteien des Auslandes dahin, daß diese unter Ausnutzung der allgemeinen zum Ausdruck kommenden Sympathien mit den Hungernden verschiedene mit der Hilfsaktion in nur engerem Zusammenhang stehende Forderungen durchsetzen.

Inzwischen haben die Amerikaner, hat das Internationale Rot Kreuz das Hilfswerk in Rußland begonnen. Leider ist das, was bis jetzt getan ist, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Not in Rußland ist größer, viel größer, als angenommen wird, und die zu befürchtenden Folgen dieser Not sind derart erschreckend, daß alles daran gesetzt werden muß, um das Hilfswerk so viel wie nur irgendwie möglich zu fördern.

Zum Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes für Sowjetrußland ist Friisof Nanzen ernannt worden. Friisof Nanzen hat außerdem einen ähnlichen Auftrag des Völkerbundes erhalten. Er hat mit der Sowjetregierung ein Abkommen getroffen, das die Organisation der Lebensmittelverteilung in den Hungergebieten regelt. Diese Vereinbarung ist, im Gegensatz zu der amerikanischen, die die Selbständigkeit der Amerikaner verbürgt, so gedacht, daß die Arbeit der Sowjetorgane und der Nanzenvertretung kombiniert ist.

Die Frage der Hilfsaktion des Auslandes für Sowjetrußland wurde in der letzten Zeit dadurch verwickelt, daß Nanzen mit der Sowjetregierung außerdem übereingekommen war, er würde sich dafür einsetzen, daß die westlichen Regierungen Sowjetrußland eine Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling gewähren. Die Sowjetregierung, die in allen Ländern die verbrecherischen kapitalistischen Regierungen bekämpft, sucht auf Umwegen, durch Nanzen, von ihnen eine Geldunterstützung zu erhalten. Doch Rußland fremdes Kapital in großem Maße braucht, unterliegt keinem Zweifel. Daß der von der Sowjetregierung gewählte Weg für die Erlangung einer Geldanleihe zweckmäßig ist, mußte von Anfang an bezweifelt werden. Liegt der Sowjetregierung daran, das Geld zu erhalten, so muß sie eben mit den Regierungen selbst verhandeln und eine Basis dafür schaffen. Es ist sehr traurig, daß die Hilfe für die Hungerleidenden mit der Kreditfrage verquirlt wurde.

Wenn man sich aber vergegenwärtigt, worum es sich handelt, daß Millionen von Menschen buchstäblich dem Tode in den Wintermonaten geweiht sind, daß Zehntausende vor unseren Augen schon jetzt am Hungertode sterben, so wird es nicht vermerken sein zu konstatieren: Es wäre der Gipfel der Unverantwortlichkeit, wenn die Ablehnung der Geldanleihe durch den Völkerbund auch nach der anderen Seite hin Konsequenzen ziehen würde, indem die Hilfsaktion in Rußland im allgemeinen eingeschränkt würde. Ganz Europa hat das eminenteste Interesse daran, daß das Möglichste für das russische Volk

getan wird, soll nicht wirtschaftliche Anarchie und hoffnungsloser Ruin Sowjetrußland völlig überziehen, was ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen muß. Es ist daher notwendig, daß die Hilfsaktion bis zur größten Entfaltung gebracht wird, und geachtet der Ermahnungen, die ihr von Seiten der Sowjetregierung in den Weg gelegt werden. Jeder, der seinen Einfluß in dieser Richtung verwenden kann, ist verpflichtet, das Höchstmögliche der Anstrengungen zu machen.

Die preußische Regierungsfrage.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages nahm am Dienstag den Bericht über die interfraktionellen Besprechungen beim Ministerpräsidenten Stegerwald entgegen. Es zeigte sich, daß über Zeitpunkt und Art der Regierungsumbildung, namentlich auch über die Frage der Hinzuziehung der Unabhängigen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den bürgerlichen Parteien mancherlei Meinungsunterschiede bestehen, ebenso über die Frage des Regierungsprogramms. Wie weit diese Differenzen sich werden überbrücken lassen, ist noch keinesfalls vorauszusagen. Die Beschlußfassung der Fraktion wurde auf den Mittwoch vertagt.

Vom Zentrum wird übrigens verlangt, bevor es in weitere Verhandlungen eintreten will, daß eine alte Differenz beseitigt werde, die entstanden ist, als der sozialdemokratische Fraktionsredner im Mai d. J. das Kabinett Stegerwald ein „Kabinett des Wortbruchs“ nannte. Diese Bezeichnung ist darauf zurückzuführen, daß in den interfraktionellen Besprechungen, die der übereinstimmenden Auffassung der sozialdemokratischen Unterhändler das Zentrum für gewisse Eventualitäten den Rücktritt Stegerwalds versprochen hatte, während von Zentrumsseite die Eingehung einer solchen Bindung bestritten wurde. Die sozialdemokratische Fraktion erkennt nicht an, daß diese Angelegenheit mit der Frage der jetzigen Regierungsbildung etwas zu tun hat, ist aber bereit, an der Beilegung dieser Differenz soweit mitzuwirken, als sich dies mit ihrer sachlichen Auffassung der damaligen Ereignisse vereinbaren läßt. Ob es gelingt, den Streitfall auf eine entsprechende Formel zu bringen, muß vorläufig abgewartet werden.

Die steuerscheuen Hohenzollern.

Wie die W.P.R. hören, hat die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung angefragt wird, ob ihr bekannt sei, daß die Hohenzollern trotz der Aufhebung ihrer Steuerfreiheit in den Jahren 1919, 1920 und 1921 keine Steuern bezahlt haben. An das preussische Finanzministerium wird die Frage gerichtet, was diese Behörde, die für die Aufsicht über die Verwaltung der beschlagnahmten Hohenzollernvermögen verantwortlich ist, getan hat, um den Eingang der geschuldeten Steuerbeträge sicherzustellen.

An das preussische Kultusministerium ist eine kleine Anfrage gerichtet, was es dagegen zu tun gedenkt, daß Schüler und Lehrer des Gymnasiums in Neu-Stettin auf ihren Ausflügen mehrfach ein Lied mit dem Refrain gesungen haben: „Wir brauchen keine Judenrepublik!“

Der sterbende Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages über Ursache, Umfang und Folgen der Märzunruhen trat am Dienstag abend zu einer Sitzung zusammen, um über die Fortführung seiner Arbeiten zu entscheiden. In der Aussprache zeigte sich, daß das Interesse fast sämtlicher Parteien an der Fortführung der Untersuchungen in der bisherigen Art äußerst gering war. Nur die Kommunisten beantragten, über eine Anzahl angelegter Erschießungen durch die Schutzpolizei ausführlichen Beweis zu erheben. Nachdem ein Zentrumsmitglied, wonach der Ausschuß seine Arbeiten für beendet erklären sollte, zurückgezogen war, stellten merkwürdigerweise die Deutschnationalen den weitgehendsten Antrag, mit den Zeugenver-

nehmungen gänzlich aufzuhören. Da sie und die Volksparteiler als die geistigen Väter des Untersuchungsausschusses anzusehen sind, erregte der Antrag einige Verwunderung. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Zusatzantrag gestellt, die von den Kommunisten vorgebrachten Erschießungsfälle bei sonstiger Schließung der Zeugenvernehmungen gleichwohl noch zu untersuchen. Dieser Zusatzantrag wurde angenommen, der Gesamtantrag jedoch alsdann abgelehnt. Dagegen fand ein Antrag der Unabhängigen Annahme, wonach der Ausschuß in die Untersuchung der Erschießungsfälle eintritt, im übrigen aber die Beweisaufnahme einstweilen aussetzt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Zeugenvernehmungen zu den Erschießungsfällen in der nächsten Sitzungsfreien Periode des Plenums vorgenommen werden sollen. Nach der allgemeinen Stimmung der Ausschußmitglieder zu urteilen, dürften diese Zeugenvernehmungen die letzten sein. Wie der Untersuchungsausschuß zur Feststellung seines Ergebnisses gelangen wird, steht bei den vielen widersprechenden Strömungen in ihm sehr dahin.

Gemeinwirtschaftliche Wohnungspolitik.

Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen berichtete zunächst Abg. Silber Schmidt (Soz.) über das Ergebnis der Verhandlungen des Unterausschusses und über die Anträge, die im Unterausschuß zur Annahme gelangt und noch zu erledigen sind. — Abg. Bahr (Dem.) äußerte in der darauf folgenden Einzelberatung Bedenken hinsichtlich der in der Vorlage festgelegten Richtlinien. — Abg. Kuhnt (L. Soz.) richtete sich gegen Vereinfachung von Mitteln für privaten Wohnungsbau und wollte die gesamten, von der Allgemeinheit aufzubringenden Mittel gemeinwirtschaftlich tätigen Baugenossenschaften überweisen. — Ministerialrat Dr. Blach (Reichsarbeitsministerium) erklärte das Einverständnis seines Ministeriums, daß die Mittel zum Wohnungsbau aus der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden. Er legte sodann die Gründe dar, die gegen Schaffung eines Reichskommissariats sprechen. — Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums wandte sich gegen Schaffung von Steuern zu Sonderzwecken, da der Beamtenapparat ohnehin unübersichtlich ist und nicht noch mehr aufschwellen darf. — In der Abstimmung wurden die Richtlinien zu einem veränderten Wohnungsbauprogramm für 1922 und 1923 in wesentlichen Teilen angenommen. — Abgelehnt wurde die Bestimmung, daß für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms ein dem Reichswirtschaftsministerium anzuschließendes Reichskommissariat für Wohnungs- und Siedlungswesen, mit einem Reichskommissar an der Spitze, begründet werden soll. Eine wesentliche Änderung der Vorlage trat ferner darin ein, daß nicht, wie in der Vorlage vorgesehen, neben der gemeinschaftlichen Verwendung der Mittel zu 25 v. H. eine privatwirtschaftliche Verwendung vorgesehen wird. Es wurde beschlossen, daß ohne Einschränkung die von der Allgemeinheit aufzubringenden Bauprodukte gemeinwirtschaftlich tätigen Baugenossenschaften, Siedlungsgenossenschaften und Gemeinden zuzuführen sind. Ferner wurden auf Antrag Behrens (Dnat.) eine Reihe von Bestimmungen angenommen, die der Behebung der Bauilliquidität dienen sollen. — Abgelehnt wurde jedoch mit 13 gegen 13 Stimmen die hierbei erhobene Forderung, alle ohne Zuschüsse mit öffentlichen Mitteln neugebauten und solche Wohnungen, die in Räumen, welche bisher nicht diesem Zwecke dienen, hergestellt sind, von jedem Zugriff der Wohnungsämter auszuschließen. Ebenso auch der Anspruch auf weitherrigere Fassung der Bestimmungen über die Gewährung von Baukostenzuschüssen, insofern, daß auch mit Wohnungsbauten verbundenen wirtschaftlichen Zwecken dienende Räume billiger gebaut werden können.

Der abgewiesene D.V. vom Thüringischen Ministerium des Innern wird uns mitgeteilt: In einer noch am Sonnabendabend nach der Plenarsitzung des Reichstages stattgehabten Sitzung des Reichsratsausschusses, der über die gegen die Ausführung der Ausnahmeverordnung des Herrn Reichspräsidenten einlaufenden Beschwerden zu entscheiden hat, wurde das vom Thüringischen Minister des Innern feinerzeit ergangene, von dem deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Thiel im Reichstage scharf angegriffene Verbot eines Gaudentages des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, der am 3. und 4. September in Weimar stattfinden sollte, als berechtigt anerkannt. Die gegen das Verbot gerichtete, mit einer Schadenersatzforderung verbundene Beschwerde des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes wurde abgewiesen.

Ein Erholungsurlaub des Reichsfanzlers. Reichsfanzler Dr. Wirth hat einen etwa achtzigtägigen Erholungsurlaub angetreten.

Orgel, Geige und Tanz.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Einer der größten Orgelbauer nach Bach war Bruckner. Besonders Orgel und besonders tragische Fügung, daß nicht ein einziges Orgelwerk von ihm erhalten ist. Ihm schied sich, unter dem starken Einfluß Wagners, aller Orgellang in Orchesterfarben um. Ihr hört es an dem tiefen Pathos der Bässe, der gläubigen Posamentenprache, an dem meisterhaften Bläserfach, am Wechsel der Register, an der durchdrachten Buntheit der instrumentalen Farben. Bruckner ist der Sinfoniker unserer nächsten Zukunft, nicht Mahler, der aber im historischen Entwicklungsbild eine spezifischere Rolle zu spielen haben wird. Unserer Zeitgenossenschaft steht er näher, in unserer Reihe, in unserer menschlichen Sich-gesunden haben wird Bruckner selbst über Brahms hinausschreiten. Daß er 25 Jahre tot ist, gibt dem Dirigenten Hermann Busch nur äußerlich Veranlassung, seine 9. Sinfonie aufzuführen. Innerlich fühlt er sich erwärmt, erregt, mehr selbst, als es der im Beel lebendigen Linie gut tut. Diese vielen effektvollen Entladungen und Entballungen standen nicht immer am rechten Platz, und wer die Partitur kennt, mußte über das Zerstückelte des Tempos staunen. Dennoch war der Eindruck stark, und im Scherzo und Adagio zeigte Busch sich sogar als einprägnanter, führender Musiker, dem die Bläserleute sich willig angeschlossen. Im hochschulmäßig stang dieses allerdings gar zu massiv, brutal; denn der Zuhörer waren verschwindend wenige. Bruckner ist eben nicht Mode, höchstens einmal ein Bruckner-Dirigent. Und auch für den bezahlt man keine 30 oder 40 M.

An der Orgel, von der Orgel her schuf auch Regger sein Bestes. Hier spricht sein Werk stammend für ihn. Aber der Klang und Geist dieses Wunderinstrumentes geht nicht in seine Werke über, sondern nur der Geist des Arbeitsmaterials, der Schreibart. Die Kälte will nicht weichen und jene schaurige Verehrung der im Herzen Unbefriedigten. Zwar die Stimmungsbilder zu Böcklinischen Vorgängen sind, aus Weininger Zeit stammend, klavierenmäßig gezeichnet, prachtvoll musikalisch gefärbt, auch stark in der Eingebung. In Farbe, Einfall, Sinnlichkeit und Linie fehlt es aber dem Violinkonzert op. 101, das nur ein Adolfs Busch lernen, spielen und begleitet feiern kann. Es war eine Meisterleistung, der Bohnte als Dirigent klug und temperamentvoll sekundierte.

Bei Busch saßen stammend die besten Geiger Berlins zu Gast. Effekte ist nicht lernbar, wohl aber solides Handwerk. Das kann dem noch jungen, weich und unperfekt gelbenden Heß-Schüler Henry Holt noch gefolgt werden, daß er ein solides Handwerk erlernt hat. Er steht am Beginn und legte mit Mendelssohn (Konzert) ein schönes Reizeignis ab. Bei der 15jährigen Rosa Polonario ist die Musikalität und die Frische des Spiels noch größer, aber der Ton spitz, unweich, grob. In der Kantilene soll er voller und schöner gewesen sein. Edith Weißmann begleitete sachlich und zeigte im Vortrag einer frühen Beethovenischen Sonate musikalischen Geschmack und akademisch korrekte Haltung. — Im Gedächtnis haftet Claude Dug, die nach Amerika geht und hoffentlich zur Berliner Bühne zurückkehrt; im Gedächtnis die aparte, traumhaft im Klang gedämpfte Musik Artur Wolfss zu einem Meisterstückspiel. Und kann — die Karawina.

Aus den Hausinstrumenten ist das köstlichste, von dem wir sprachen, bisher ausgeschlossen gewesen. Die Welt-Psicharmonieorgel, von Steinway gebaut und vorgeführt, arbeitet dem entgegen. Wie bei dem Pianola läuft eine mit Punkten und Strichen durchsehte Papierrolle von selber ab und gibt uns ein getreues Bild der Art, wie die großen Organisten ihre und fremde Werke gespielt haben. Technisch ist das Werk, das mit der Hand gespielt werden kann, beim mechanischen Spiel aber nicht einmal eine Lastenbewegung erkennen läßt, meisterhaft, der Klang edel und weich, die überwältigend starken Töne der Kirchenorgeln scheinen zu fehlen. Wo gute Organisten sind, braucht man die Mechanik nicht; für kleine Städte und Kirchen, für den privaten Krösus kann es zum würdigen Fest oder zum Sport werden. Wir hörten einige Stücke, die von Regger, Demare, Eddy gespielt waren und — leider — auch Orchesterweisen, die banal wirken, weil sie dem Geist der Orgel widersprechen.

Gibt es einen Gegensatz zwischen heiliger und profaner Kunst? Der Mensch und seine Mittel erheben des Profanen zum Kult und ziehen das Erhabene in den Staub. Der Künstler bestimmt Grenzen, Ausmaße, Unbegrenztheiten seiner Wirkungen. Er schaltet sich zwischen Wert und Hörer despotisch ein. Und wenn die Karawina tanzt, so ist die beste und die unferligste Musik minutenlang gefesselt von der letzten rhythmischen, ausbalancierten, schwebenden Zierlichkeit dieses Körpers. Ost war es, als werde zu den leuchtenden Augen und der kreudlichen Mimik, zu dem heroischen Wurf ihrer Hände, der tremolierenden Hingebung ihres Kumpfes Musik interpretiert. Die Musik schien von zweiter Hand, und am Anfang war der Tanz. So einprägnant sind ihre Schritte, so musikalisch ihr Kubato, das Crescendieren im Lauf, das Presto der Vironette, das Andante im Flügelschlag zarter Arme. Gemüß, das ist alte Kunst, zu tanzen. Aber schöner und erlebter, efferentischer bewegt sich kaum eine der vielen, die Musik tanzen. Das Profane ist heilig geworden, aus Bewegung löst sich Klang, Mozart und Chopin klingen nicht mehr aus den Tasten des Flügels und den Saiten der Streicher, sondern aus der Welt, aus dem Herzschlag, aus dem Sprung, dem Takt und der Grazie der Karawina. Ein Tanzphänomen, ein Musikgenie, ein Mensch und ein Weib.

Sommerfäden. „Fliegenden Sommer“ nennt man sie auch, die feinen, glänzenden Fäden, die sich wie Silberne über die Wiesen legen oder wie hauchzarte Gespinne durch die Luft fliegen; allein wenn sie fliegen, ist der Sommer vorbei und der Herbst längst ins Land gezogen. Es gibt zwar auch einen „fliegenden Sommer“ im ersten Frühjahr, aber die Fäden fliegen um diese Zeit gewöhnlich so spärlich, daß man sie kaum wahrnimmt.

In alter Zeit konnte man sich die Herkunft der Sommerfäden nicht erklären. Daher kommt es auch, daß man ihnen Namen gab, die mit ihrer Entstehung nichts zu tun haben, daß man sie Marienfäden oder Marinfäden nannte oder Almeibersommer, Frauentommer, Sommerflug, Grosweben und Herbstfäden und in England „Gottes Schleppe“. So glaubte man, Emen hätten die Fäden gesponnen und über die Erde gebreitet, denen die Göttinnen Frigga und Holda die Kunst des Spinnens gezeigt haben sollten. Gleichwohl war es nicht schwer, festzustellen, woher die Fäden stammen,

und heute weiß längst jeder, daß die Sommerfäden Spinnengewebe sind; nur, welchem Zweck sie dienen, ist wohl den wenigsten bekannt.

Die feinen Gespinne, die Fäden und Fladen, die wir als Marienfäden kennen, stammen also von Spinnen her, aber von keiner der geschickten Webespinnen, wie es die Kreuzspinne ist, sondern von Spinnen, die sozusagen keine feste Wohnung haben, von umherstreifenden Spinnen, und unter ihnen hauptsächlich von der Krabbenspinne, einer kleinen, eigenwillig aussehenden Spinnenart. Die kleine Krabbenspinne erinnert nämlich durch ihre stark verlängerten beiden Vorderbeinpaare und ihren runden Leib wirklich an die großen Strandkrabben, jene schwanzlosen Krebsse, die man namentlich an den fäulichen Meeren, so häufig antrifft. Dazu kommt, daß die Krabbenpinne nicht nur nach vorwärts, sondern auch seitwärts laufen kann, was sehr drollig aussieht.

Der Grund, weshalb die Krabbenspinnen außerordentlich die Sommerfäden weben, ist ihre Wanderlust. Denn die Fäden dienen ihnen als Hilfsmittel zur Fortbewegung, zum Fliegen durch die Luft. Dieser Flug erfolgt in der Weise, daß die Spinne an irgendeiner freien Stelle hinaufklettert, hier einen Faden festsetzt und nun eine Menge von Fäden — oft bis zu einigen Metern Länge — spinnt, die sie an ihren Beinen befestigt. Hierauf löst sie das festsetzende Ende des Fadens ab und läßt sich nun vom Wind in die Lüfte tragen. Je nach der Windstärke kann sie mit diesen Fäden oft sehr weite Reisen zurücklegen, gelegentlich auch sehr hoch kommen; man fand solche fliegenden Spinnen sogar auf der Spitze der Peterskirche in Rom.

Die Frage der Krabbenspinnen sind übrigens keineswegs Vergnügungssachen; sie erfolgen vielmehr meist deshalb, weil die Spinne an dem bisherigen Standort schon so zahlreich geworden ist, daß die Nahrungsbedingungen sich verschlechtern, weiter, um die Art so weit als möglich zu verbreiten, und endlich auch einen passenden Ort zum Ueberwintern zu finden. Im Frühjahr machen dann viele von den Tieren auf der Suche nach einem Sommeraufenthalt wiederum eine Lustreise, und diese Fäden nennen wir den „Mädchenommer“.

Tantalus in Finnland. Zwischen Frankreich und Finnland ist nach verschiedenen, durch das finnische Alkoholverbot verursachten Schwierigkeiten nunmehr ein Handelsvertrag zustande gekommen. Finnland verpflichtet sich danach, in Frankreich allen Alkohol zu kaufen, den die Nüchternheitsabteilung des finnischen Sozialministeriums braucht. Aber nun kommt die Grausamkeit: das finnische Sozialministerium hat sich verpflichtet, einen Lager zu errichten, in dem französische Produzenten und Kaufleute dauernd Troben von Wein und Spirituosen ausstellen können.

Das wird eine lustige Ausstellung im Verbotslande! Hier dürfen sich die „Trodgerlegten“ unter Tantalusalten ansehen, wie die baulichen Benediktinerlöcher aussehen, aus denen sich eine frühere finnische Generation Inspiration holte; hier bekommen sie richtigen Rognal zu sehen, nicht den gefärbten Fusel, den man im Scheißhandel lauft Romat mit diesen Sternen und lodenden Jahresgaben. Und der Wert dieser Ausstellung scheußlicher Gifte soll die Nüchternheitsabteilung des Sozialministeriums sein!

Die Galerie Goldschmidt-Wallertala. Schöneberger Ufer 26 a. eröffnet am 5. Oktober eine Sonderausstellung von Kupferplatten, Zeichnungen und Graphik von Dsfar Kofolska, die die Zeit von 1907 bis 1921 umfassen

Gewerkschaftsbewegung

Zum Kampf der Gastwirtsangestellten.

Ja, Bauer, das ist etwas anderes!

Die ganze bürgerliche Presse stellt in dem Lohnkampf im Gastwirts-gewerbe bereitwillig ihre Spalten zur Verfügung, um den Klagen der Unternehmer über Ausschreitungen der Streikenden Raum zu geben. Es sei ohne weiteres zugegeben, daß bei einer derartigen Bewegung nicht alles am Schnürchen verläuft. Gerade das Trinkgeldsystem, das von den Angestellten so energisch bekämpft wird, hat bei manchem seiner bevorzugten Ruhmieser jeden Sinn für Solidarität und Kollegialität erstickt. Diese Trinkgeldjäger, die ihre Schmarohereigenschaft über alles stellen, fordern durch ihr liebedienliches Verhalten den schärfsten Unmut der aufrechten Angestellten heraus. Abgesehen davon, daß auch unter den den verschiedensten Parteirichtungen angehörenden Streikenden und Ausgesperrten die gewerkschaftliche Durchbildung und Disziplin teilweise noch manches zu wünschen übrig lassen mag, so eint sie doch alle das gleiche Ziel: Fester Lohn statt Trink-gelder!

Die Leitung einer solchen Bewegung kann unmöglich auf eine Kontrolle der Betriebe daraufhin verzichten, ob die Angestellten darin Solidarität üben, ob die Plätze der streikenden Angestellten mit Streikbrechern besetzt sind usw. Sie muß auch die Möglichkeit haben, die der Bewegung noch gleichgültig gegenüberstehenden Angestellten an ihre Solidaritätspflicht zu erinnern. Nun kann aber die Streikleitung unmöglich überall dabei sein. Es kommt bei den Auseinandersetzungen immer noch darauf an, wie sich das noch arbeitende Personal, insbesondere aber die Betriebsinhaber den Beauftragten der Streikenden gegenüber verhalten. Will man sie mit Gummiknüppeln und Revolver empfangen, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Streikenden erregt werden und schließlich die eine oder andere Ungehörigkeit dabei mit unterläßt. Können wir uns also das Verhalten der Streikenden in mancher Beziehung auch leicht erklären, so ist dennoch selbstverständlich, daß auch wir Ausschreitungen nicht billigen können.

Wie steht's aber auf der anderen Seite? Werden nicht gleichzeitig die Bierkellern und die Gastwirte kontrolliert? Sind nicht die Vorküchen bearbeitet und gebrandmarkt worden, bis sie ihre Bewilligungen zurückzogen und den Betrieb einstellten? Wie wird über das Hotel Adlon hergezogen, weil es sich mit den Angestellten geeinigt hat, weil es weiterhin Löhne zahlen will anstatt seinen Angestellten Anweisungen zu geben auf die Taschen des Publikums? Der Verein Berliner Hotelbesitzer droht, den Inhaber von Adlon deswegen auszuschließen und ihn gleichzeitig in eine Konventionalstrafe von 350 000 M. zu nehmen. Das verkünden die gleichen Korrespondenzen, wird in denselben Blättern berichtet, die nicht genug über den „Terror“ der Angestellten eifern können.

Wären nicht die Angestellten bereit, den Schiedspruch anzuerkennen, der ihnen nur das zuspricht, was sie bisher längst gehabt haben? Sind es nicht die Unternehmer, die wieder die alte Trinkgeldwirtschaft einführen wollen, anstatt auskömmliche Löhne zu zahlen, die ihnen ohnehin das konsumierende Publikum wieder einbringen muß? Das Unternehmertum will alle sozialen Errungenschaften der Angestellten mit einem Schlag beseitigen, sie mit der Prozentpeitsche gegeneinanderheben, um wieder „herr im Hause“ zu sein. Nur darum geht es ihnen — um die Wiedereinführung der unbegrenzten Arbeitszeit. Die Sache der Unternehmer ist sehr faul in diesem Kampfe, das sittliche und moralische Recht auf Seite der um ihre Existenz und ihre Menschenwürde kämpfenden Angestellten. Deshalb müßte sie es besonders vermeiden, sich provozieren zu lassen und sich vor wirklichen Ausschreitungen um so mehr hüten. An dem Publikum liegt es, daß die Sache der Angestellten, die hinsichtlich der Trinkgeldbeseitigung seine Sache ist, sich in diesem Kampfe durchsetzt. Jeder anständige Mensch sollte darauf verzichten, sich von Streikbrechern Speise und Trank vorsetzen zu lassen.

Die Streiklage ist im allgemeinen unverändert. Die Stimmung der Streikenden ist nach wie vor kampfesfreudig. Es haben sich eine Reihe von Betrieben die vorläufigen Vereinbarungen unter-schrieben, so daß sich die Zahl der in Arbeit Befindlichen etwas erhöht hat.

Die Arbeitgeber wenden sich in einem Flugblatt an die Mit-bürger Berlins und behaupten, daß das Kartell Lohn erhöhungen von 40—135 M. pro Woche abgelehnt habe und 1000—1300 M. ver-lange. Dies ist eine glatte Verdrehung der Tatsachen, denn über die Löhne und Gehälter an sich ist überhaupt noch nicht verhandelt worden. Es dreht sich immer noch um die Art der Entlohnung. Die Arbeitgeber behaupten, daß unsere Mit-teilung, ein großer Teil von Arbeitgebern habe die neuen Forde-rungen anerkannt, eine bewusste Irreführung sei. Dies trifft nicht

zu. Die Angaben des Kartells beruhen auf Wahrheit, die Unter-schriften der Arbeitgeber liegen vor.

Das Kartell hat bereits gestern erklärt, daß es für Aus-schreitungen, die bei der Erregung der Massen vorgekommen sind, nicht verantwortlich gemacht werden kann, daß es die Exzesse nicht billigt und zu verhindern versucht.

Alle Arbeiter und Angestellten werden dringend gebeten, den gastwirtschaftlichen Angestellten in ihrem berechtigten Kampfe, der nicht zuletzt auch im Interesse des Publikums geführt wird, ihre Unterstützung zu gewähren. Verweigert die Bezahlung der Extrabesteuerung von 10 Proz. zur Zehne und be-sucht die Betriebe, die die Forderungen des Kartells bewilligt haben.

Reichs- und Staatsarbeiter.

In der Bezirkskonferenz für Groß-Berlin und der Gasse Brandenburg und Stettin sprach Kollege Richter-Berlin über Organisationsfragen. Redner schildert, wie durch den nach Kriegsende erfolgten Zusammenschluß der Staatsarbeiter in dem Verband der Staats- und Gemeinbediensteten sich die wirtschaftliche Lage dieser Arbeitergruppe im Vergleich zur Vorkriegszeit in verhältnismäßig kurzer Zeit gehoben habe. Eine große Zahl noch immer abseits stehender Kollegen müsse noch gewonnen werden, damit die Einheitsfront hergestellt werde, die notwendig ist, um die zahlreichen, noch bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe zu weiteren Verbesserungen erfolgreich führen zu können. Ueber tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sprach Kollege Rai-Berlin. Hier besonders sei noch vieles ver-besserungsbedürftig. Anzustreben sei das Dreiklassensystem des Lohn-tarifs, schärfste Kampfansage aber jeder Art von „Dienstbereitschaft“. Wabann referierte Kollege Doktor-Berlin über die Ein-führung von Ruhelohnbekimmungen, die bisher den Staatsarbeitern noch immer vorenthalten werden. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, hier mit Nachdruck einzugreifen. Die äußerst lebhaft einsetzende Diskussion zeigte, daß es den Staatsarbeitern ernstlich um die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage zu tun ist. Von den zahlreich eingegangenen Resolutionen, die dem Verbands-vorstand zur Erledigung überwiesen wurden, sei besonders die er-wähnt, die den Verbandsvorstand beauftragt, unermüßlich die nötigen Schritte wegen Aufbesserung der unzureichenden Bezüge in die Wege zu leiten. In längeren Ausführungen ging der Vertreter des Verbandsvorstandes, der Kollege Sieter-Berlin, auf die zahlreichen berechtigten Forderungen ein, versprach Weiterleitung und wies aber auch auf die großen Schwierigkeiten der Durch-führung hin. Mit einem Hoch auf den Verband der Staats- und Gemeinbediensteten erreichte die Konferenz gegen 7 Uhr abends ihr Ende.

Streik bei „Kraftverkehr Marken“ Schöneberg.

Der „Kraftverkehr Marken“ entlohnt seine Handwerker und Kraftfahrer seit langem unter dem Tarif resp. Normallohn. So wurden die Kraftfahrer laut Schiedspruch des Schlichtungsaus-schusses, der bereits am 24. Januar 1921 gefaßt wurde, mit 5,90 M. pro Stunde bezahlt, die Handwerker mit 6,25 M. Bereits im Mai wurden erneute Lohnforderungen gestellt. Die Direktion verstand es aber, die Verhandlungen bis Anfang September hinzuziehen, um dann ungenügende Zugeständnisse zu machen, so daß die Organisation wiederum den Schlichtungsausschuss anrufen mußte. Die Forde-rungen lauteten: für Handwerker 8,75 M., Fahrer 8,50 M., Hilfs-arbeiter 8 M. Der Schlichtungsausschuss ging aber bedeutend unter diese Forderungen herunter, berücksichtigte nicht einmal die Sätze des Metallarbeitertarifs, sondern setzte für Handwerker 7,50 M. für Kraftfahrer 7,20 M. und für Hilfsarbeiter 6,50 M. fest. Da die Arbeiter seit Januar keinerlei Lohnaufbesserungen erhalten hatten, lehnten sie das Angebot ab und legten die Arbeit nieder. Eine erneute Verhandlung lehnte die Direktion kurzer-hand ab.

Da die Belegschaft den Betrieb als teilweise kommunalisiert betrachtet — er wird von Staat und Kommune finanziert — be-schloß sie, daß der Betrieb und der Wächter im Betrieb bleiben, damit derselbe vor Schaden bewahrt bleibt. Diese Kollegen wurden aber kurzerhand hinausgewiesen und jetzt versehen Streikbrecher der so-genannten Pinkertongesellschaft den Dienst. Diese Arbeitswilligen werden jeden Tag auf dem Wege zum und vom Betriebe von der Schupo begleitet.

Wir ersuchen die Kollegen Schlosser, Kraftfahrer und Wächter Solidarität zu üben!
Deutscher Transportarbeiterverband.
Deutscher Metallarbeiterverband.

Der Holzarbeiterstreik vor dem Ende!

Nach zweltägigen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeit-geber- und Arbeitnehmerorganisationen der Berliner Holzindustrie hat der Schlichtungsausschuss unter dem Vorsitz des Assessors Kör-ner am gestrigen Dienstag einen Schiedspruch gefaßt, dessen genaue Formulierung erst am heutigen Mittwoch vorliegen wird. Die B.S.-Korrespondenz glaubt, daß der Spruch aller Wahrscheinlichkeit nach den Arbeitgebern die Durchführung des Reichs-manteltarifs für Berlin, allerdings mit einigen Abwe-rungen, auferlegt. Hinsichtlich der Lohnforderungen der Arbeitnehmer

sieht der Schiedspruch folgende Spitzenlöhne für alle Gruppen vor: für Facharbeiter 8,50 M., für Hilfsarbeiter 7,50 M., für weibliche Facharbeiter 6 M. und für Hilfsarbeiterinnen 5,25 M. pro Stunde. Diese Löhne, die sich für Arbeitnehmer unter 22 Jahren entsprechend abufen, sollen vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an Geltung haben. Am 1. November soll hierzu ferner ein Zuschlag von 50 Pf. auf alle Löhne treten.

Ueber die Stellung der Parteien konnten wir eine Auskunft nicht mehr erlangen. Die Wahrscheinlichkeit, daß der Spruch das Ende des Streiks bedeutet, ist jedenfalls groß.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltung Berlin.

Für die streikenden Holzarbeiter wird in der Woche von Dienstag, den 4. Oktober, bis einschließlich Montag, den 10. Ok-tober, eine einmalige Extrazustellung, neben der eigentlichen Streikunterstützung, ausgezahlt und zwar erhalten die-jenigen, welche weniger wie 52 Wochenbeiträge geleistet haben, 30 M. und alle übrigen erhalten 50 M. Die Ortsverwaltung.

Verhandlungen über die Putschzulage.

Zwischen der Reichsregierung und den ober-sächsischen Gemeinden wird gegenwärtig über die Putschzulage verhandelt. Die Re-gierung erklärte sich bereit, 80 Proz. der Zulage selber zu tragen, während 20 Proz. von den Kommunen zu übernehmen seien. Die Gemeinden überließe wünschten jedoch die Übernahme auch dieser 20 Proz. durch die Reichsregierung.

Die gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft beauftragte sich mit der Beigerung der Interalliierten Kommission, die Putschzulage zu zahlen. Die Arbeitsgemeinschaft hält nach wie vor die Forderung auf Auszahlung der Aufstandszulage aufrecht und ersucht die J.M.K. für die Bewilligung der Zulage bei den in Frage kommenden Instanzen einzutreten und Verhandlungen darüber anzubahnen und zu fördern.

Bei der Betriebsratswahl in Wirtschtskütte ist ein deutlicher Sieg zu verzeichnen. Es erhielten die deutschen Gewerkschaften 230, die polnische Berufsvereinigung nur 90 Stimmen.

Metallarbeiter, seid auf der Hut!

Heute abend finden in den bekannten Lokalen die Bezirks-konferenzen des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Wir werden von Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß in diesen Konferenzen die Neuwahl der Bezirksleitungen vorgenommen wird. Deshalb ist es Aufgabe eines jeden Funktionärs, in diesen Bezirkskonferenzen anwesend zu sein. Die Mit-glieder der Branchenkommission wählen, soweit sie nicht in den Bezirksleitungen vertreten sind, in den Bezirken, wo sie wohnen. Versäume also niemand, diese Konferenz zu besuchen.

Technisches Bühnenpersonal. Die neuen Lohnsätze, rückwirkend vom 1. September 1921, betragen für Handwerker 1612 M., Bühnenarbeiter 1511,25 M., Bühnenportier 1007,50 M. pro Monat. Reinemachefrauen 4,90 M. pro Stunde. Ankleider 12,90 M., Ankleiderinnen 10,50 M., Garde-robefrauen 8,10 M. und Logenschließer 7,25 M. pro Vorstellung.

Die Abstimmung in Höchst, über die wir bereits berichteten, hat folgendes vorläufiges Resultat ergeben: Mit „Nein“ stimmten 5880, mit „Ja“ nur 648 Arbeiter. Ungefähr 60 Proz. der Arbeiter haben sich an der Abstimmung beteiligt. Die Vereinbarungen können als abgelehnt betrachtet werden.

Zentralverband der Angestellten. Die für heute angelegte Mitgliederer-sammlung findet nicht statt.

Auto-Reparatur-Betriebe. Donnerstag 7 Uhr im Hotel Joststr. 7 Funk-tionsprüfung aller Auto-Reparatur-Betriebe des Interessengemeinschaft. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Angestellte der Feinweberei und Textil. Donnerstag 7 Uhr in den Sophien-Gärten (Weißer Saal), Sophienstr. 17/18, 19a-Versammlung. Tagesordnung: Wie stellt sich der Arbeitgeberverband zu den geforderten Steuerungsmaßnahmen? Wie bitten um das Erscheinen sämtlicher in Vfo-Verbänden organisierten Kollegen. — Vfo-Ortsleiter.

Quar der technischen Angestellten und Beamten. Mitglieder-Versammlungen, Mittwochs: Rügenitz, 7 1/2 Uhr im Bärenhof, Adlonischer Platz. — Nordost, 7 1/2 Uhr im Grelmalder Hof, Grelmalder Str. 48. — Oranienburg, 7 1/2 Uhr im Reichshof, Bernauer Str. 38. — Spandau, 7 1/2 Uhr im Reuen Rateteller, Rathaus. — Westen, 7 1/2 Uhr im Rationalhof, Willowstr. 57. — Donnerstag: Nordwest 1, 7 1/2 Uhr im Reichshof, Turmstr. 78. — Steglitz, 7 1/2 Uhr im Althoff, Althoff, Ecke Römerstraße. — Zehlendorf, 7 1/2 Uhr im Augusthof, Auguststr. 1. — Norden 17, 7 1/2 Uhr im Bismarck, Jählicherstr. 2. — Freitag: Neufeld, 7 1/2 Uhr in den Hütgerfelden, Bergr. 147. — Reinickendorf, 7 1/2 Uhr im Alexander, Alexanderstr. 37. — Oberschönhausen, 7 1/2 Uhr im West. Hubertus, Edison, Ecke Waldstraße. — Osten 11, 7 1/2 Uhr im Bogenschießen, Anner-dromenade 2. — Potsdam, 7 1/2 Uhr im West. Zum Mühlentort, Neubehelshöher Straße. — Schöneberg, 7 1/2 Uhr im Eberhof, Eberstr. 68. — Tempelhof, 7 1/2 Uhr im Rosina-Restaurant, Berliner Straße. — Weißensee, 7 1/2 Uhr im Spandauer, Berliner Allee 200.

Verband der Buchbinder und Papierenerarbeiter. Heute 1/2 Uhr bei Boelz, Wehrstr. 17, Branchensammlung der Glus- und Kartonagenbranche. Be-richt von den Weimarer Verhandlungen.

Veronts. für den redakt. Teil: Dr. Werner Belter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Vormärz-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vor-märz-Buchdruckerei u. Verlagskontakt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2. Dierau 2 Blattgr.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE
ALEXANDERPLATZ
FRANKFURTER ALLEE

Damen-Wäsche

- Damen-Hemden lesier Stoff, mit Stickerei und Hohlsaum 29⁵⁰
- Damen-Beinkleider lesier Stoff, Knieform, mit Stickerei-Ansatz 29⁵⁰
- Damen-Nachhemden lesier Stoff, mit Ausschnitt, mit Stickerei oder Langette garniert 65⁰⁰
- Prinzessröcke gulstehend, mit breiter Stickerei 75⁰⁰

Morgenröcke

- Flausch-Morgenrock Geishoform 95⁰⁰
- Wollflausch-Morgenrock moderne Form 150⁰⁰
- Trikot-Morgenrock elegante Form 195⁰⁰
- Flausch-Morgenrock Krummgeram., o. j. u. geschloss. zu trag. 275⁰⁰

Korsette

- Korsette weiss Dreil, beste Verarbeitung, 1 Paar Haller, mit Langette 50⁰⁰
- Korsette weiss Dreil, gulstizende Form, auf breiten Slangen, 1 Paar Haller, mit Spitzengarnier. 65⁰⁰
- Korsette weiss und grau Dreil, vorzüglicher Sitz, 1 Paar Haller 75⁰⁰
- Backfisch-Leibchen in naturfarbigem Dreil, herausnehmbar. Säben 27⁵⁰

Strümpfe

- Herren-Socken bwl., schwarz und farbig 7⁵⁰ 9⁷⁵
- Herren-Socken bwl., grau meliert 6⁵⁰ 8⁵⁰
- Herren-Socken grau, Halbwohle 9²⁵ 11⁵⁰
- Damen-Strümpfe bwl., schwarz 8⁵⁰ 12⁵⁰
- Damen-Strümpfe Mako, schwarz und farbig 15⁵⁰ 17⁵⁰
- Damen-Strümpfe Fior mit Seldenglanz 18⁵⁰ 21⁵⁰

Trikotagen

- Herren-Hemden wollgemischt, alle Grössen 35⁰⁰
- Herren-Beinkleider wollgemischt, alle Grössen 32⁰⁰
- Herren-Garnituren farbig, Jacke und Beinkleid 73⁰⁰
- Damen-Schlupfhöschen farbig, Trikot 19⁷⁵
- Damen-Unterhemden naturfarbig, gestrickt, 1/2 Arm 21⁰⁰
- Damen-Hemddien weiss, Baumwolle, gestrickt, ohne Arm 7⁵⁰

Unterröcke

- Trikot-Unterrock aus gutem Stoff, mit hohem gestreiften Ansatz 39⁵⁰
- Satin-Unterrock in dunklen Farben, mit flottem Volant 49⁵⁰
- Tuch-Unterrock aus guten Halbluchstoffen, mit Tressengarnierung 42⁵⁰
- Trikot-Unterrock mit Moiré-Ansatz, in verschiedenen Farben 65⁰⁰
- Moiré-Unterrock in schönen Farben, mit Plisseeanatz 89⁵⁰
- Tuch-Unterrock reine Wolle, in dunklen Farben, mit flottem Ansatz 95⁰⁰

Taschentücher

- Damen-Taschentücher weiss Linon, mit Ripskante, Stck. 3⁵⁰ 4⁵⁰
- Damen-Taschentücher weiss, mit Hohlsaum, ... Stück 3⁹⁵ 4⁹⁵
- Damen-Taschentücher Hohlsaum, gestickt, Ecke, Stck. 3⁷⁵ 4⁰⁰
- Herren-Taschentücher weiss, mit bunt. Karde, ... Stück 4⁷⁵ 5²⁵
- Herren-Taschentücher weiss, Linon, mit Ripskante, Stck. 5⁷⁵ 6⁰⁰
- Herren-Taschentücher weiss, Balist, mit Hohlsaum, Stck. 7⁹⁰ 9²⁵
- Kinder-Taschentücher mit bunter Kante, ... Stück 2⁴⁵ 2⁹⁵

Der Gewerbeetat im Landtag.

42. Sitzung vom Dienstag, den 4. Oktober, 12 Uhr. Die zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt. — Auf Antrag Rath (Komm.) wird die große Anfrage der Kommunisten über die Stilllegung der höchsten Farbwerke nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt.

Frau Ludewig (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge auf Einführung des Sechshundertkloßes, auf Streichung der Stelle des staatlichen Börsenkommissars und auf weitere Ausgestaltung des Reichs- und Gewerbebeschulwesens.

Abg. Christmann (N. Soz.): Die Umsatzsteuer, die Lohnsteuer und ähnliche Steuern, die auf Grund der Reparationsverpflichtungen erhoben werden, sind nicht geeignet, das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Wenn die Finanzämter nicht mehr wissen, wie sie sich helfen sollen, so halten sie sich an indirekte Steuern. Sehr wollen die Unternehmer durch Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit das Wirtschaftsleben aufbauen. Solche Vorstöße erreichen das Gegenteil und wirken provozierend auf die Arbeiter.

Abg. Dr. Grund (Dem.): Der Export nach Russland bietet große Aussichten für die Zukunft. Darum muß man Kanalschiffahrt und Fernsprechwesen nach Ostpreußen und Schlesien besonders gut ausbauen.

Abg. Holzammer (Deutsche Wirtschaftspartei) bespricht den Fall Rohardt und weist Vorwürfe gegen das Handwerk zurück.

Abg. Mohrbutter (Welfe) tritt für Unterstützung der Kleinbahnen durch größere Zuschüsse ein.

Abg. Brüdner (Soz.):

Wir müssen heraus aus dem Dilemma des Friedensvertrages, der uns zwingt, billig zu exportieren und die

Arbeitslosigkeit in den Siegerstaaten vergrößern zu helfen. Dabei verlieren die Mittelschichten die Dividenden, die, obgleich sie vielfach auf Bilanzverschlechterung beruhen, immer noch alles zünftige Maß überschreiten. Solche übermäßigen Gewinne sollten dem Staate verfallen. Besonders groß sind die Gewinne der chemischen Industrie, wozu auch die Werke in Oppau und Höchst gehören. Das Oppauer Lager muß das Ministerium veranlassen, in der chemischen Industrie seines Amtes bereichs nachzuprüfen, ob alle notwendigen Schutzmaßnahmen für die Arbeiter getroffen sind. In den höchsten Farbwerken sind 15 000 Arbeiter ausgesperrt worden, weil sie sich durch die Borenschaltung von Unterstufungsgebern und durch unerhörte provokante Neuperfungen eines Betriebsleiters zu gewissen Ausschreitungen hinreißten. Das Ministerium muß sich bemühen, eine für beide Teile befriedigende Verständigung herbeizuführen. Grauenhaft ist jetzt der Tanz um das goldene, oder vielmehr das papierne Kalb an der Börse.

Und dieselben Kreise entrüsten sich dann über die Immoralität in den niederen Volksschichten. Der Staatskommissar an der Börse muß erhalten bleiben. Er muß über sein Aufsichtsbereich hinaus gehen, um die Auswüchse an der Börse zu beseitigen. Das Schieberamt ist nicht ein Kind der Republik, sondern des Krieges, und vor allem der Etappe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Versorgung des Heeres hat man die Aufräge wohllos verteilt und nicht danach gefragt, durch welche Hände sie gingen. Das ist dann Gewohnheitsrecht geworden. Wir haben von Anfang an den Kampf gegen den Wucher und das Schieberamt aufgenommen. Leider hat auch ein Teil der Produzenten durch übermäßige Forderungen zur Verteuerung der Lebensmittel beigetragen. In die Landesausfuhrstellen müssen unter allen Umständen Arbeitervertreter hinein. Man muß die Aufräge dahin leiten, wo die meisten Arbeitslosen sind. Unsere Experimente mit Sozialisierung und Kommunalisierung sehen auch wir ob. Betriebe, wie der Bergbau, müssen aber endlich im Interesse des Staates verstaatlicht werden. Nur die

Sozialisierung der dazu reifen, konzentrierten Betriebe führt aus der Peripherie der jetzigen Wirtschaft hinaus. Notwendig ist eine Einwirkung auf das Reich, um das Arbeiterrecht endlich einheitlich zu gestalten, denn die Gewerbegerichte und Schlichtungsausschüsse arbeiten vielfach durcheinander und gegeneinander. Der angeblich bevorstehende Preisabbau ist durch die Höhe der Getreidepreise hintertrieben worden. Nur eine unmittelbare Einwirkung der Arbeiter auf den Produktionsprozeß kann der weiteren Verteuerung der Lebenshaltung Einhalt tun. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Rest von heute, Haushalt der Porzellanmanufaktur. Schluß 1/6 Uhr.

Der Kongress des Afabundes.

In der Sonntagmorgenmitemtagung wurde über das Referat Einzelheimer debattiert. In der Diskussion wurde der Entwurf der Schlichtungsordnung als eine Arbeit bezeichnet, die den Ansprüchen der Arbeiter und Angestellten keineswegs entspricht. Beschlüsse wurden zu diesem Tagesordnungspunkt, der mit einem Schlusswort Einzelheimers beendet wurde, nicht gefaßt. Einstimmig angenommen wurden die nachstehenden gewerkschaftlichen Grundzüge.

gewerkschaftlichen Grundzüge.

I. Die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende kapitalistische Wirtschaft mit ihrer Entwicklung zum Großbetrieb und ihrer immer weiter getriebenen Arbeitsteilung hat ein Heer von Angestellten geschaffen, die ebenso wie die Arbeiter Zeit ihres Lebens darauf angewiesen sind, als heilloslose Arbeitnehmer ihren Unterhalt zu erwerben. Um ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu heben und ihre Rechte gegenüber dem Unternehmertum zu wahren, sind auch die Angestellten gezwungen, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Parteipolitische und religiöse Überzeugung darf hierbei kein Hindernisgrund für die gemeinsame Arbeit sein.

II. Die wirtschaftliche Übermacht der Unternehmer zwingt die Angestellten zum gemeinsamen Kampf um: 1. die Steigerung ihres Anteils am Produktionsertrag; 2. die Erreichung günstigerer und die Abwehr schlechterer Arbeitsbedingungen; 3. die rechtliche Sicherung des arbeitenden Menschen vor den schädigenden Wirkungen der kapitalistischen Lohnarbeit.

III. Die freien Gewerkschaften der Angestellten fordern: 1. die rückhaltlose Anerkennung der Vorrrechte des arbeitenden Menschen vor dem des toten Besitzes; 2. die Beseitigung des arbeitslosen Renteneinkommens zugunsten der Gesamtheit; 3. die Kontrolle der Warenherzeugung und -verteilung; 4. die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung; 5. die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

Sie erblicken deshalb im wirtschaftlichen Sozialismus gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

IV. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetriebe beginnend, bis in die höchsten Stufen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden.

Die Betriebsräte haben im Einverständnis mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen.

Aufgabe der freien Angestelltenvereinigungen ist es, die wirtschaftliche und soziale Bildung der Angestellten zu fördern und sie für ihre Tätigkeit in der pergewerkschaftlichen Wirtschaft zu schulen.

Zweiter Verhandlungstag.

Schmann, der Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, wandte sich in seinem Referat über die Neuordnung der sozialen Versicherung scharf gegen den über-

Große öffentliche Wählerveranstaltungen!

Heute, Mittwoch, den 5. Oktober:

- 1. Kreis Mitte (Märker 1., 25., 27. und 36. Abl.): 7 Uhr in den Berufsämtern, Märker, 67. Thema: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtrat Kühne.
1. Kreis Berlin-Mitte: 1. Abteilung, 7 Uhr, in Wilkes Festhallen, Seckelstr. 39. Tagesordnung: Die Republik und das Rote Haus. Referent: Stadtrat Eugen Brüdner.
2. Kreis Tiergarten: 7 Uhr, Wählerinnenversammlung, Schulaula der Gemeindefrauvereine, Steinmetzstr. 79. 2. 'Arbeiterhallen', Bremer Str. 73. Thema: Die politische Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Frauen. Referentinnen: I. G. Hanna, MdE. 2. Stadtverordnete M. Hoppe.
4. Kreis Prenzlauer Tor: 26. und 28. Abl., 7 Uhr, Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 176. Thema: Die Republik und die neue Gemeinde. Referent: Hermann Lüdemann, Finanzminister a. D.
11. Kreis Schöneberg: 7 1/2 Uhr in der Aula des Heilmohlgymnasiums, Rudowstr. Thema: Die Republik und das Rote Haus. Referent: Stadtverordneter Dr. Cohnmann.
13. Kreis Mariendorf: 7 1/2 Uhr, Aula des Realgymnasiums Kaiserstraße. Thema: Die Republik und das Rote Haus. Referent: Stadtverordneter Karl Hehlhoff.
13. Kreis Marienfeld: 8 Uhr, Turnhalle Dorffstr. 53. Thema: Die politischen Lügen der Reaktion im Stadtparlament. Referent: Franz Krüger, MdE.
14. Kreis Neukölln: 7 1/2 Uhr, Aula der Oberschule, Emser Straße. Thema: Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Stadtparlament. Referent: Bürgermeister Scholz.
15. Kreis Baumgartenweg: 7 1/2 Uhr, Gymnasium Baumgartenstraße. Thema: Was bedeutet für die Wählerschaft der 16. Oktober? Referent: Birnbaum.
15. Kreis Johannisthal: 7 1/2 Uhr bei Senfleben, Friedelstraße 48. Thema: Die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen. Bezirksverordneter Jabel.

Morgen, Donnerstag, den 6. Oktober:

- 7. Kreis Charlottenburg: 51. Abteilung, 7 1/2 Uhr, Heilmohlschule, Bayernallee. Thema: Die Stadtverordnetenwahlen und die wirtschafliche Lage. Referent: Dr. Kallmann.
7. Kreis Charlottenburg: 55. Abteilung, 7 Uhr in der Siemens-Oberschule, Schloßstr. 27. Thema: Die Stadtverordnetenwahlen und die Sozialdemokratie. Referent: Heinrich Vierbächer.
8. Kreis Spandau: 8 Uhr bei Koch, Feldstr. 53. Thema: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Frauen. Referent: Frau Elfride Rönne, MdE.
13. Kreis Lichtenrade: 7 1/2 Uhr bei Süßer, Dorffstr. Thema: Die Republik und das Rote Haus. Referent: Archibüger.
14. Kreis Trich: 7 Uhr, Feders Festhalla. Thema: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Frauen. Referent: Frau Wülf, MdE.
15. Kreis Oberschönweide: 7 1/2 Uhr im Casino, Zepfestr. Thema: Die Republik und das Rote Haus. Referent: Stadtverordneter Johannes Hoff.
15. Kreis Niederschönweide: 7 1/2 Uhr in der Schulaula Berliner Straße 101. Thema: Der Kampf gegen die Reaktion im Stadtparlament. Referent: Hugo Heimann, MdE.
16. Kreis Cöpenick: 7 1/2 Uhr im Restaurant 'Abtenhorst', Mahldorfer Straße. Thema: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtverordneter Meyer.

mäßig großgewordenen Verwaltungsapparat der sozialen Versicherungsanstalten, dessen Beseitigung die Verschärfung als eine Wohltat empfinden würden. Er forderte die Umgestaltung der Sozialversicherung in eine allgemeine Volksfürsorge, die sämtliche Zweige in einem einheitlichen Verwaltungskörper zusammenfassen soll. Der Kongress stimmte den Grundzügen zu, die Ledermann aufstellte. Weiter wurde eine Entschließung angenommen, in der der Reichstag ersucht wird, den vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über

die Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte nicht zu verabschieden, sondern die Angestelltenversicherung derart in die Invalidenversicherung einzureihen, daß die besseren Bestimmungen der beiden Versicherungen bestehen bleiben.

In den Bundesvorstand wurden Aufhäuser, Säh und Stähr als bestellte Vorsitzende gewählt. Der nächste Kongress soll in drei Jahren im selben Ort stattfinden, an dem der Gewerkschaftskongress tagt.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920. Zulässigkeit von Entlassungen ohne Arbeitsstreckung. Der Schlichtungsausschuß hat am 22. Juli 1921, 15 Arbeiter mit ihrer Klage gegen ihre Entlassung abgemeldet. Aus der Begründung ist zu entnehmen:

„Aber auch wenn man die Streckungsverpflichtung auf die für eigene Rechnung gemachten Arbeiten ausdehnen sollte, würde noch zu ermägen sein, daß die schnellste Fertigstellung des Schoners nötig ist, um die neuen Aufträge auf zwei Rheinländer übernehmen zu können. Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit würde die Fertigstellung des Schoners verzögert werden. Eine solche Verzögerung ist der Beklagten nach den Umständen nicht zuzumuten, womit den Interessen der Besatzung auch nicht gedient wäre.“

Bei dieser Sachlage mühte die Verpflichtung zur Streckung verneint werden, womit dieser Entlassung der Kläger an sich gerechtfertigt erscheint und auch eine unbillige Härte im Sinne des § 84, 4 B.R.G. ausgeschlossen ist, weil sie durch die Betriebsverhältnisse bedingt wird.

Es ist nicht richtig, die Behauptung aufzustellen, als wenn die Besetzung von Aultrügen nur im Interesse der Besatzung liegen würde. Die Verordnung vom 12. Februar 1920 soll gerade die Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit schützen. Um dies Ziel zu erreichen, müssen vor Entlassungen Arbeitsstreckungen vorgenommen werden. Wie der Unternehmer, welcher auch heute noch Herr seines Betriebes ist, diese Maßnahme durchführt, ist seine Sache. Er hat jedenfalls kein Recht, die Verordnung zu umgehen. Der Schlichtungsausschuß hat einen nicht haltbaren Grundlag aufgestellt. Nach §§ 25 bzw. 26 derselben Verordnung muß in solchen Fällen eine Revision durch den Demobilisierungskommissar herbeigeführt werden.

Wenn die Arbeitszeit noch nicht bis auf 24 Wochenstunden verkürzt ist, sind Entlassungen ungültig. Der Schlichtungsausschuß

Magdeburg entschied, wie wir aus „Der Schlichtungsausschuß“ Nr. 16 vom 15. August 1921, Seite 250, entnehmen, in einer Streitsache, da die Arbeitszeit nur teilweise und nach den Ausführungen des Verleiters der Firma noch nicht bis auf 24 Stunden verkürzt worden war:

„Die Entlassungen sind zu Unrecht erfolgt und die Beschwerdeführerinnen wieder einzustellen, da nach dem Ergebnis der Verhandlungen eine Arbeitsstreckung bis auf 24 Stunden gemäß der Verordnung vom 12. Februar 1920 § 12 noch nicht erfolgt ist.“

§ 41 B.R.G. Gewerkschaftliche Agitation ist keine gröbliche Verletzung der Pflichten der Betriebsleitung. Der Schlichtungsausschuß Frankfurt a. d. O. hat den Antrag des Verbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber des Kreises Sebus wegen Absetzung einer Betriebsvertretung abgelehnt, — und zwar aus folgenden Gründen:

„Der Betriebsrat als solcher hat niemals einen Beschluß gefaßt, die nichtorganisierten Arbeiter des Gutes B. . . . zum Eintritt in den Deutschen Landarbeiterverband aufzufordern.“

Die Spruchkammer kann eine gröbliche Verletzung der gesetzlichen Pflichten durch den Betriebsrat nicht anerkennen, weil dieser als solcher weder einen Beschluß zur Aufforderung der Nichtorganisierten, dem Deutschen Landarbeiterverband beizutreten, gefaßt hat, noch einen solchen, am dritten Pfingsttag nicht zu arbeiten. Aber selbst in einem Beschluß des Betriebsrates, eine Aufforderung zum Beitritt in den Deutschen Landarbeiterverband zu erlassen, könnte an sich keine Verletzung der gesetzlichen Pflichten des Betriebsrates erblickt werden, sofern die Androhung von Zwangsmahnahmen im Falle der Nichtbeachtung der Aufforderung durch die nichtorganisierten Arbeitnehmer unterblieb. Ohne eine solche Androhung von Zwangsmahnahmen wäre der Betriebsrat bei der Aufforderung zum Beitritt sogar insofern seinen gesetzlichen Pflichten nachgekommen, als er das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft, die mit wenigen Ausnahmen aus organisierten Arbeitern besteht, und die den nichtorganisierten Arbeitnehmern deshalb wenig günstig ist, zu fördern gesucht hätte. (§ 66, Ziffer 6.)

§ 80 des B.R.G. Bestimmung über die Mitwirkung des Gruppenrates bei der Festsetzung von Einzelstrafen.

Der Schlichtungsausschuß Bonn hat in einer früheren Sitzung die Mitwirkung des Gruppenrates bei der Festsetzung von Einzelstrafen verneint.

In der Sitzung vom 11. August 1921 (Sache der Rheinischen Vulkanwerke, Oberdollendorf, gegen den Arbeiterrat der Firma) hat der Schlichtungsausschuß Bonn sich auf den gesetzlichen Standpunkt gestellt und entschieden, daß auch im Einzelfall die Verhängung von Strafen nur nach Anhörung des Gruppenrates erfolgen darf.

Aus der Partei.

Zehn Jahre im Dienste der Partei.

Zwei unserer württembergischen Bruderorgane, die „Freie Presse“ in Reutlingen und die „Donau-Wacht“ in Ulm, konnten dieser Tage auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Sie gaben ihren Lesern in stätlichen Festnummern ein Bild ihres Entstehens und ihrer Entwicklung. Wir erbieten den wackeren Kämpfern unseren herzlichsten Glückwunsch und hoffen, daß sie ihre ganze Kraft darauf setzen, für den Sozialismus neue Freunde und begeisterte Anhänger zu werben.

Die Frankfurter Parteigenossen über Gödlich.

Die Frankfurter Parteigenossen führten in ihrer zweiten Generalversammlung die Berichterstattung vom Parteitag zu Ende. Wenzel sprach gegen, Dr. Einzelheimer für den Gödlicher Beschluß.

Im Schlusswort setzte sich Parteisekretär Brohm für die Durchführung der Beschlüsse des Parteitages ein, das Recht der Kritik innerhalb der Parteiorganisation müsse aber gewahrt bleiben. Auch Redakteur Marzwald erklärte nun an, daß man sich dem Beschlüssen des Parteitages fügen muß. Er schränkte seine Worte in der letzten Versammlung von der Erhebung der Fahne der Rebellion wesentlich ein. Er will nicht gesagt haben, daß er die Fahne der Rebellion gegen die Parteivorstände erheben wolle, sondern gegen den Parteivorstand, wenn er die Bedingungen für eine einst. Koalition nicht richtig durchführe.

Es wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten und ihrer Haltung auf dem Parteitage einverstanden. Sie verlangt von der Parteileitung und der „Volksstimme“ die konsequente Fortsetzung ihrer bisherigen Politik.“

Von der Redaktion der Frankfurter „Volksstimme“ geht uns eine Klarstellung zu, deren wesentlichster Teil wie folgt lautet:

In Nr. 451 des „Vorwärts“ war mitgeteilt worden, in einer Frankfurter Parteiverammlung vom 27. September habe Genosse Marzwald erklärt, er erhebe die Fahne der Rebellion gegen die Parteivorstände und werde die Massen aufrühren und aufrütteln. Wie uns Genosse Marzwald mitteilt, ist der Bericht unrichtig. Marzwald erklärt vielmehr, verlangt zu haben, daß der Beschluß vom Parteivorstand loyal ausgeführt werde. Sollte der Parteivorstand sich auf eine Koalition mit anderer Grundlage einlassen, so werde er, Redner, die Fahne der Rebellion gegen den Parteivorstand ergreifen.

Die Münchener Genossen zum Parteitag.

München, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Hier wurde in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins folgende Resolution beschloffen:

„Der Sozialdemokratische Verein Münchens nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Verlauf des Parteitages. Er erblickt in den Beschlüssen die unvermeidliche Konsequenz der innen- und außenpolitischen Lage. Die Verlammlung begrüßt das Bestreben des Parteivorstandes, auf der Grundlage dieser Forderungen in erster Linie die U.S.P. zur Regierung heranzuziehen. Sie verlangt die Wahrung der Geschlossenheit der deutschen Arbeitnehmerschaft.“

Der Beschlussfassung ging eine lange erregte Debatte voraus, die im wesentlichen von Gegnern der Gödlicher Beschlüsse geführt wurde. Die Resolution des Vorstandes fand nicht die Billigung der Versammlung. Erst nach eindringenden Worten des Generalsekretärs, der für seine Person scharfe Kritik an der zeitlichen und politischen Zweckmäßigkeit des Gödlicher Beschlusses über, wurde die oben abgedruckte Entschließung angenommen.

Eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Bielefelds beschäftigte sich am letzten Freitag mit dem Parteitag von Gödlich. Man bezeugte die Situation, die zum Gödlicher Koalitionsbeschluß geführt hat, als eine Zwangslage. Folgender Antrag wurde dann gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins der SPD Bielefeld hat nach einem Referat über den Parteitag von den Beschlüssen von Gödlich Kenntnis genommen und erklärt sich mit ihnen einverstanden. Sie erwartet von den Parteiführern und Fraktionen, daß sie von den Grundforderungen der Koalitionsresolution bei der Regierungsbildung in Preußen und im Reich keine Sota abstreichen lassen.“

In Düsseldorf beschloß der Sozialdemokratische Parteitag der Kreis Wanzleben und Köbel, die Begrüßung der Refo-

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
12 Uhr: Sinfonie-Konzert
7 1/2 Uhr:
I. Sinfonie-Konzert

Schauspielhaus
Fiesco
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr: Kean
Do. 7: Herodes und Marianne

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
Do. 8: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 Uhr: Die Räuber
Do. 7 Uhr: Die Räuber

Theater in der
Königgrätzer Str.
Die Fahrt ins Blaue
7.30 Uhr:
Do.: Die Fahrt ins Blaue

(Gibber, Richard, Engl. Pröckl, Sieda, Bilit)
Do.: Satans Maske — Mit dem Feuer spielen (Orska, Riemann, Bildt)
Fr.: Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
im neuen Burleskenschw.
Jonnys
Busenfreund

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala

Fritzi Massary a. G.
Ralph Art. Roberts
Wally Koch H. Kiper

Central-Theater
8 Uhr: Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus

7 Uhr: **Don Juan**
Friedr. Wilhelmstadt. Th.

8 Uhr: **American Girl**
Intimes Theater

8 Uhr: Die Spielzeuge / Lauf doch nicht immer nackt herum
Kleines Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: **Kiki** (Lustsp.)
Lustspielhaus

8 Uhr: **Die Schauspieler**
Metropol-Theater

7.15 Uhr: **Straßensängerin**
Neues Operettentheater

8 Uhr: **Königin d. Nacht**
Neues Theater am Zoo

8 Uhr: **Die ersten Sporen**
Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: **Jugendfreunde**
Schiller-Th. Charlottenb.

8 Uhr: **Nora**
Schloßpark-Th. Stoglitz

7 1/2 Uhr: **Minna v. Barnhelm**
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: **Schön' Dick, Lotte**
Theat. a. Hollendorferplatz

8 Uhr: **Fidelio**
Uhr: **Vetter aus Dingsda**
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: **Brant d. Lucullus**
Th. d. Kommandantenstr. (Jüd. Künstler-Theater)

8 Uhr: **Newelle**
Waliser-Theater

7 1/2 Uhr: **Nixchen**
Volksoper. Walhalla-Th.

8 Uhr: **Glocken v. Corneville**
Uhr:

Residenz Theater
Täglich 8 Uhr:
Der König i. Paris
(Le Roi)

Lustsp. v. Fiers u. Callavet
Ogla-Limborg, Kaiser-Titz,
Lotte Klinder, Eugen Rex,
Richard Senius, Lotte Dewis

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Frl. Josette
— meine Frau
Eugen Burg, Carola Teitle,
Julius Falkenstein,
Hans Albers, Lotte Klinder

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Tod u. Teufel
Vorher:
Der Kammergänger
168 Wust, H. Schroth,
Wib. Chandon,
Regie: Georg Altmann

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr:
Das Glück der kleinen Leute
Admirals-Palast
Heute zum 200. Male:
7 1/2 Uhr: **Die roten Schuhe**
Morgen
7 1/2 Uhr: **Ahrakadabra**

Volksbühne
Theater am Billowplatz
7 1/2 Uhr: **Masse Mensch**
Uhr:
Lessing-Theater
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Die Spielereien einer Kaiserin
Durlenx, Steinrück, Ulmer

Deutsches Künstler-Th.
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Komische Oper
7 1/2 Uhr:
Direkt.: James Klein
Abendlich
Der Herr der Welt!

Große Ausstattung-Operettenrevue
in 8 Bildern
In Szene gesetzt von
Direkt. James Klein
Worte von
Karl Breuschneider
Musik v. Karl Hajos
Hauptdarsteller:
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Franz Groß
Wilh. Harstein
Paul Westermeyer
Lotte Werkmeister
Albert Paulig
Herta Richter
Erna Alberti
Georges Blanvalet
Alfons Martini
Erich Bartel

Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbroch. geöff.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37
Tägl. 7 1/2 Uhr: volkstümli. Pr.
der größte Heiterkeitsst.

Exzellenz Maxe
Posse in 3 Akten
u. d. erstkl. Belorogramm
Stg. 3 1/2: Pantoffelheld

Folles Caprice
Linienstr. 132,
am Oranienburger Tor
Täglich 8 Uhr:

Nanons Debut
Posse mit Gesang von
L. Leonhard
mit Ferd. Grünacker
Tel.: Norden 8630

APOLLO
THEATER
8 Uhr: Unter allabendlicher
Leitung d. Komponisten
Paul Linke
Frau Luna
Große Ausstattung-Operette
Oscar Saho a. G.
Else Berner
Fritzi Arco
Martin Kettner
Fritz Steidl
Orig. Gelgolatis
Luftballett
Tageskasse ununterbroch. geöff.

L.T.L.
Luisen-Theater
Lichtspiele
34 Reichenberger Str. 34
Uraufführung!
Neptuns Tochter
mit Annette Kellermann
Anfang 6.30 — 8.45
Freitag: Programmwechsel — 2 große
Erst-aufführungen
Großes Orchester

Circus Busch
Tgl. 7 1/2, Sonnt. auch 3 U.
Eine neue Sensation!
„Sträfling 69“
Außerdem:
Eisenkönig Breitbart
und 16 Sensationen
Vvkt. Werthaus-Circusk.

WINTERGARTEN
Reines
Variété-Programm!
Rauchen gestattet!

Philharmonie
Sinfonie-Konzert
des Philharm. Orchest.
Dirig.: Otto Marienhagen
S. Sinf. — Beethoven: Viol.
Konz. — Joachim (v.d. Berg)
Anf. 8 Uhr — Eintritt 4 M.

Heute 7. und 8. Oktober
Künstlerhaus
6 Uhr
Marcell Salzer
Kart. 16-6 M. Werth. Bote B.
Künstlerh. (11-6) u. Abendk.

Lopa Luban
Jünglingspaar 18.

Mittwoch, 5. Okt., nachm. 1 1/2 Uhr:
Rennen zu Karlshorst
7 Rennen

Trabrennen Mariendorf
Donnerstag, 6. Okt., nachm. 1 1/2 Uhr
8 Rennen + Gesamtpreise 115 000 M.

Aerzil. geleitete, mod. eingericht.
Heilanstalt für ambul. Behandlg.

Nicht mit d. Höhenformen-Bestrahlung
allein, wie sie jetzt allorts angepriesen u.
ausgeführt wird, werden unsere Heilerfolge
erzielt, sondern gerade durch
unsere kombinierte Behandlung
in Verbindung mit den verschiedenen
Arten d. elektrolytischen u. Licht-
Behandlung, die seit langen Jahren
erprobt und glänzend bewährt ist.

Röntgen-Behandlg. u. -Unteruch., Waller-
hellverfahren, Pflanzen- u. Kräuteruren u.
-Bäder, Sauerstoffkur., homöop. u. mechano-
therapeutische Behandlg. — Nachweib. gute
u. dauernde Heilerfolge bei sämtl. Krank-
heiten, inneren u. äußeren, Ipez. chronisch.,
u. H. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-,
Leberleiden; Nervenschwäche, nervö. Kopf-
schmerz, allgem. Nervosität, allgem. nervö.
Anspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus;
sämtl. Auschlag, Flecht., Wunden; Lähm-
ung, Kriechlähm.; Stoffwechsellkrankh.,
Zuckerkrankheit usw. — Freiw., driell. u.
mündl. Anerkenn. früh. behandelt. u. geheilt.
Patienten, die angeblich, vor der Behandlung,
in ungl. Anstalt anderweitig ohne Erfolg be-
handelt worden zu sein; 1. Frau H. Hägel,
Sachsenhausen b. Oranienburg i. Pr. Unterl.-
Blutungen u. Nervenleiden geheilt. — 2. Frau
W. Fritschler, Vin., Marienburger Str. 48.
Darmgeschwulst geheilt. — 3. Frau des Herrn
Kampert, O. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde,
Magerevißhof, von Geb.-Knickung geheilt. —
4. Herr Erich Bock, Berlin, Vorkstr. 43. Von
Nieren- und Blasenleiden, Wasserlucht, all-
gemeiner großer Schwäche geheilt. — 5. Frau
Kestner, Hering, Vin., Schönhauf. Allee 87.
Von Bakterieller Krankheit geheilt. —
6. H. Brose, Berlin-Mariendorf, Sirelystr. 8.
Schweres Rückenmarkleiden mit Lähmung
der Beine vollständig geheilt. — 7. Frau
E. Popp, Berlin-Lichtenberg, Gärtnerstr. 10.
Von chronischem Leiden, Herzschwäche und
Verstopfung geheilt. — 8. Herr A. Schlitz,
Berlin, Coprivstr. 24. Von Gesichtslupus
geheilt; vorher mit Nadium erfolglos be-
handelt. — 9. Herr A. Hellwig, A.-Kortig-
walde, Ernststr. 25. Von Magen- und
Verstopfung und Nervenschwäche geheilt. —
10. Herr Milchbändler Eckert, Berlin,
Breitenlagerer Straße 26. Von gichtlich-
rheumatischen Schmerzen in Bein und
Fußgelenk geheilt. — 11. Herr Gastwirt
C. Michaelis, Charlottenburg, Wallstr. 87.
Von chronischem Leberleiden und Gelbsucht
geheilt. — 12. Frau M. Knorr, Vin.-Lichten-
berg, Schornsteinstr. 62. Von Herz-
schwäche, Leberanschwellung und Magen-
krebs geheilt. — 13. Sohn Paul des
Weidenkellers Herrn Wilhelm Häfner,
Vin.-Weidend., Veamtenhaus. Von schwerem
Beinleiden geheilt. Bein sollte abge-
nommen werden.

Briefliche Original-Anerkennungen
von uns geheilter Patienten stehen im
Wartezimmer der Anstalt auf Wunsch zur
Einsicht! • Getrennte Behandlungsräume
für Damen und Herren! • Sprech- und Be-
handlungszeit: 9-1, 4-7 1/2. — Sonntag
und Feiertag 9-1.
Heilanstaltsbesitzer
Prof. Dr. med. und Dr. der Mechanothérapie
P. Mistelsky, Arzt, approbiert im
Kußl. u. d. deutshen
Regierung anerkannt
Von der Reise zurückgekehrt!
Berlin SO 16, Brückenstraße 10 b
Reine elektrische Behandlung, nur nach ge-
nauer Untersuchung in der Heilanstalt.
30-jährige Praxis
Presp. über die Heilanstalt geg. Einleib. u. S. L.

Theat. a. Kottbus. Tor
Tel. Moritzf. 16077
Tägl. 7 1/2 Uhr und
Sonnt. nachm. 3 U.

Elite-Sänger
— 10 Personen —
Wig! Komit!
Stm. halbe Preiße
Sbst. 11-12 u. 4-6

Reichshallen-Th
Stettiner
Sänger
Abd. 7 1/2 u.
Stg. nachm. 7
Nehm. 1/2 Pr
Varieté-Don-
hoff-Breit!

Heute 7. und 8. Oktober
Künstlerhaus
6 Uhr
Marcell Salzer
Kart. 16-6 M. Werth. Bote B.
Künstlerh. (11-6) u. Abendk.

Zur Aufklärung!

Die von einem Teil der Gastwirte Gross-Berlins verbreiteten Mit-
teilungen über die Gründe ihrer Differenzen mit den Brauereien sind
irreführend und unzutreffend. Der Streit zwischen Gastwirten und
Brauereien in Berlin ist

nicht auf die Bierpreise der Brauereien,
sondern auf das Verlangen eines Teils
der Gastwirte um Schutz höherer Aus-
schankpreise

zurückzuführen. Zur Erläuterung diene nachstehende Aufstellung über
die Entwicklung der Bierpreise:
Am 8. Juni d. J. betrug der Bierpreis der Brauereien für Vollbier
M. 2.40 je Liter. Als Ausschankpreise der Gastwirte waren vereinbart

in Gruppe I (einfache Lokale) M. 4.— je Liter
in Gruppe II (Lokale mit größe-
rem Aufwand) M. 5.— je Liter.

Mitte August hat die Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen
Gross-Berlins, ohne dass die Brauereien eine Preiserhöhung vorgenommen
hatten, die Preise in Gruppe I auf M. 5.—, in Gruppe II auf M. 6.— je
Liter heraufgesetzt. Ein grösserer Teil von Gastwirten der Gruppe I hat
sich an dieser Erhöhung nicht beteiligt und den früher verein-
barten Preis von M. 4.— beibehalten.

Seit dem 22. September d. J. beträgt infolge der ausserordentlich ge-
stiegenen Rohstoffpreise für Gerste, Malz, Hopfen, der höheren Löhne und
Gehälter der Bierpreis M. 3.20 je Liter.
Die Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen Gross-Berlins hat
aus diesem Anlass als Ausschankpreise vorgeschlagen:

in Gruppe I M. 6.—,
in Gruppe II M. 7.—,
bei Geschäften mit noch höheren Aufwendungen in Gruppe II M. 8.—
bis M. 9.—.

Ein nicht unbedeutender Teil der Gastwirte, insbesondere
diejenigen, die sich im August der einseitigen Preiserhöhung der Lokal-
kommission nicht angeschlossen und auch bisher das Liter zum Preise
von M. 4.— ausgeschänkt haben, lehnen die Erhöhung ihres Aus-
schankpreises um M. 2.— auf M. 6.— je Liter als unbegründet
ab und beabsichtigen zu einem geringeren Preise und zwar von M. 5.30
je Liter auszuschänken.

Die Lokalkommission der
Gastwirte verlangt nun von den Braue-
reien, diese Gastwirte durch Bierliefe-
rungsentziehung zu zwingen, ebenfalls
auf einen Ausschankpreis von je M. 6.—
je Liter heraufzugehen.

Die Brauereien haben diese Forderung abgelehnt, da es
ihnen nicht zugemutet werden kann, einen Teil ihrer Abnehmer gegen
ihren Willen zu zwingen, die eigenen Ausschankpreise weiter zu erhöhen,
als sie es für notwendig halten.

Die Brauereien glauben die Feststellung des obigen Tatbestandes
der Öffentlichkeit schuldig zu sein.
BERLIN, Anfang Oktober 1921.

Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend:

Bergschlossbrauerei Aktiengesellschaft,
Berliner Kindl-Brauerei Aktiengesellschaft,
Böhmisches Brauhaus Aktiengesellschaft,
Brauerei Julius Böttzow,
Engelhardt Brauerei Aktiengesellschaft,
Hochschulbrauerei, Lindener Aktienbrauerei
Abteilung Schlossbrauerei Schöneberg,
Löwenbrauerei Aktiengesellschaft,
Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-Aktienges.

Banco Colonial Portuguez

Hauptsitz: Lissabon
Einbezahletes Kapital: Escudos 10 000 000.— (al pari Mk. 40 000 000.—)

Eigene Filialen in portugiesisch West-
und Ost-Afrika :: Vertreter und Agenten
in allen Plätzen Portugals und Kolonien

Dokumentarkredite, Devisenarbitrage, Waren-
abteilung, Kontokorrente in Landes- und aus-
ländischen Währungen mit Zinsenvergütung

Ausführung aller sonstigen bankmäßigen Geschäfte

Keit- u. Fahr-Turnier

im Stadion — Grunewaldrennbahn
8., 9., 12., 13. Okt. | 11. Oktober
1 Uhr | 12 Uhr
mit Totalfaktor | ohne Totalfaktor
Reichsverband
für Jagt und Prüfung deutschen Jagdschutts.

Prismen-Feldstecher

des Zeiss u. Goerz werden
ständ. angekauft
Photohaus Steckelmann
Bin. W9, Potsdamer Str. 135

Waim San Driften

Das Original aller Nagelpoliersteine
für ca. 1 Jahr ausreichend
Stück M. 6.— Ueberall zu haben.
KOPP & JOSEPH, BERLIN W. 50
Potsdamer Strasse 122.

Barzellen

Bestes Gartenland
bei den Bahnhöfen
Mariendorf, Marienfelde,
Wiesdorf, Wannsee,
Kaulsdorf verkaufen billig
Nieschulte & Nische
Neue Köhligstr. 10 (Tel. 3370)

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Ernst Neumann
Schadowstr. 39
11. Okt. 1921. 142 12
Ihre feinen Andenken!
Die Beerdigung hat
bereits stattgefunden.
Die Abt.-Zeitung.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Willi Wenbrach
Billow-Platz-Str. 15
11. Okt. 1921. 142 12
Ihre feinen Andenken!
Die Beerdigung hat
bereits stattgefunden.
Die Abt.-Zeitung.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-
straße, aus statt.
Gemeinlich unter
Vorbeh. der Beerd.
Ernst Wolf
am 2. d. 1921.

Bez.-Verb. Berl. S. 33.
41. Abt. Bez. 93 Berlin.
Unter Vorbeh.
Paul Buller
am 2. Okt. gestorben ist.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den
6. Oktober, nachmittags
2 Uhr, von der Reichs-
halle des Reichshofes in
Hummelsburg, Rüd-

Groß-Berlin

Für das einheitliche Berlin.

Zum drittenmal, am 16. Oktober 1921, soll die Wählerschaft ihre Stimme in die Wagchale werfen, um zu entscheiden, nach welcher Richtung der Kurs in Groß-Berlin gesteuert werden soll. Das Gesetz Groß-Berlin, das am 27. April 1920 nach harten Kämpfen gegen die rechten Parteien im Landtag verabschiedet wurde, hat endlich mit der Zerschmetterung der einzelnen Gebilde Schluss gemacht. Die Wahlen am 20. Juni 1920 brachten im Berliner Stadtparlament den sozialistischen Parteien 125, den bürgerlichen Parteien 100 Mandate. Nach diesem Wahlausgang hätte jeder Realpolitiker annehmen müssen, daß sich die bürgerlichen Parteien mit dieser Konstellation abfinden würden, bis die Legislaturperiode zu Ende ging. Doch weit gefehlt. Gegen die Wahl wurde von der Deutschen Volkspartei Einspruch erhoben. Dieselbe Partei, die sich in großen Aufzügen als die Partei des Wiederaufbaues betrachtete, die „das Wirtschaftsleben Deutschlands der Gefundung entgegenführen will“, war es, die die Sabotage Groß-Berlins auf ihr Banner schrieb. Ist es nicht Sabotage, wenn sofort gegen die Wahl Einspruch erhoben wurde, trotzdem die Stadtverordnetenversammlung durch Gültigkeitserklärung von 3000 Stimmen der Deutschen Volkspartei ein Mandat zusprach? Ist es nicht Sabotage, wenn von den Rechtsparteien in den westlichen Vororten Propaganda entfaltet wird mit dem Ruf: „Los von Groß-Berlin!“ Ist es nicht Sabotage, wenn der Landtag durch Eingaben bestürzt wird, eine Veränderung des Gesetzes dahin herbeizuführen, daß die westlichen Vororte aus diesem Gebilde herausgenommen werden? Die östlichen, nordöstlichen, sowie die nördlichen Bezirke denken gar nicht daran, von Groß-Berlin losgelöst zu werden, weil ihre Existenz auf dem Spiele steht und darum gehört es sich, daß die westlichen Bezirke einen Ausgleich schaffen müssen.

Gegen diese Sabotage und gegen die Parteien, die dahinter stehen, müssen nicht nur die sozialistischen Massen, sondern alle republikanisch Denkenden energisch Front machen. Die Wahl am 16. Oktober hat auch eine hohe politische Bedeutung. Hat die Deutsche Volkspartei, die frühere Nationalliberale Partei, jemals aus sich heraus einen Antrag unter dem früheren Regime gestellt, dem Volke das allgemeine Wahlrecht zu gewähren? Wo blieb das freie Wahlrecht während des Krieges? Wo blieb das Koalitionsrecht der Angestellten und Beamten? Wo blieb das Recht der freien Meinungsäußerung der Angestellten und Beamten? Erst der verlorene Krieg brachte dem Volke diese Freiheiten gegen den Willen dieser bürgerlichen Parteien.

Leider vergißt das deutsche Volk zu schnell, sonst müßten große Schichten sich der Zeit vor dem Kriege erinnern, wo zu den Gemeinden und Stadtparlamenten das Dreiklassenwahlrecht bestand und die Sozialdemokratie nur Eingang in die 3. Klasse hatte, weil Geldbeutel und Hausbesitz entscheidend waren. Weiter wird von der Deutschen Volkspartei bis zu den Deutschnationalen bis in die kleinsten Dörfer die Mär von der Wirtschaftlichkeit des sozialistischen Magistrats verbreitet. Dem Leser wird jedoch nicht gesagt, daß im Parlament 100 bürgerliche Abgeordnete sitzen, die auch ihre Vertretung im Magistrat haben. Groß-Berlin soll durch die Sozialdemokratie beider Richtungen in eine schwere Schuldenwirtschaft hineingeraten sein. Aber erst am 20. Juni 1920 war die Wahl. Dann hat es Monate gedauert, ehe der Magistrat zusammengekehrt werden konnte. Man denke nur an die Umbänderung des Gesetzes betr. Wahl zu den unbesoldeten Magistratsmitgliedern. Noch längere Zeit dauerte es, ehe die Bestätigung der Magistratsmitglieder durch den Oberpräsidenten erfolgte. Durch diese Verzögerung ist eine geregelte Tätigkeit der Berliner Verwaltung zunächst verhindert worden. Durch den Krieg und die Reparationsleistungen sind die Schulden nicht nur im Reich und Staat gestiegen, sondern auch in den Gemeinden. Wenn man die Aufbesserung der Löhne und Gehälter für die Arbeiter, Angestellten und Beamten als sozialistische Mißwirtschaft bezeichnen will, so kann das der Partei nur zur Ehre gereichen. Wir stehen immer noch auf dem Standpunkt, daß die in der Gesamtgemeinde Groß-Berlin tätigen

Personen so entlohnt werden müssen, daß sie sich anständig ernähren und kleiden können.

Es muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß unsere Parteivertreter im Magistrat, in der Stadtverordnetenversammlung und in den Bezirken, wo sie mitverantwortlich waren, alles versucht haben, um eine Gefundung Groß-Berlins herbeizuführen und daß diese Bestrebungen nun auch Erfolge zeitigen. So ist die Schuldsomme verringert worden. Die Straßenbahn und ein Teil der Werke erfordern keine Zuschüsse mehr. Wäre durch die Sabotage der getrennten Parteien und ihres Einspruches die Wahl nicht für ungünstig erklärt worden, dann hätte es sich schon nach vier Jahren ergeben, daß die Sozialdemokratie mit vollem Erfolge gearbeitet hätte. Das aber wäre der Deutschen Volkspartei und den übrigen bürgerlichen Parteien höchst unerwünscht gewesen und daher der Kampf gegen das rote Berlin.

Die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft, die auf dem Boden der Republik steht, muß dagegen Front machen, den Kampf aufnehmen und geschlossen am 16. Oktober 1921 sozialdemokratisch wählen.

Willi Falkenstein, Bezirksverordneter, Berlin-Weißensee.

Gegen die Ultras.

Scharfe Abrechnung mit den Rechts- und Linksultras in Groß-Berlin hielt in einer von der 74. Abteilung einberufenen öffentlichen Wählerversammlung in Zehlendorf der preussische Ministerpräsident a. D. Genosse Paul Hirsch. Ihre vollkommene kommunalpolitische Unfähigkeit, so führte Genosse Hirsch aus, haben die Berliner Kommunisten dadurch bewiesen, daß sie im Magistrat dem Berliner Etat zustimmten, im Plenum ihn aber ablehnten. Die Folge wäre gewesen, daß der Magistrat rechtlich nicht die Möglichkeit gehabt hätte, Gehälter und Löhne auszugeben, ein Umstand, den die kommunalistischen Gemeindeglieder sofort zu spüren bekommen hätten, wenn nicht die Bürgerlichen klug genug gewesen wären, den Etat anzunehmen. Unerböt sei auch die Art der Kommunisten gewesen, aus propagandistischen und oaktatorischen Gründen Anträge zu stellen, denen die SPD. und selbst die USP. niemals hätten zustimmen können. Die Kommunisten haben in Wahrheit die Reaktion in die Hände gearbeitet. Die bisher kommunistischen Wähler werden zu entscheiden haben, ob sie derart unreifen Geistes wieder ihre Stimme geben sollen.

Ebenso schlimm aber haben es die Deutschnationalen getrieben. Einen Vorgeschmack von dem, was kommen würde, wenn diese Leute das Heft in Händen hätten, konnte man in der letzten Stadtverordnetenversammlung erleben, wo der evangelische Pfarrer Koch die Juden als Seuche bezeichnete. Auch sei der Berliner Außenposten, wo die Rechtsparteien stark vertreten sind, der Sitz der Los-von-Groß-Berlin-Bewegung. Der Redner wies dann schlagend die Unsinnsigkeit dieser ganzen Bewegung nach, zumal schon vor Jahrzehnten die preussische Regierung selber ein Groß-Berlin schaffen wollte, ein Plan, der damals an dem speyerischen Kommunalstreik scheiterte. Groß-Berlin sei eine wirtschafts-, sozial- und kulturpolitische Notwendigkeit gewesen. Auf dem Gebiet des Armen- und Volksfürsorgewesens, der Steuern, der Schulen, der Polizei, der Feuerwehr und des gewerblichen Lebens habe im alten Berlin mit seinen Hunderten von Städten, städtischen Dörfern, Dörfern und Ortsbezirken ein unorganisches wildes Durcheinander geherrscht, so daß auch vor dem Kriege schon die großen Gemeinden mit Arbeiterbevölkerung aus den Schul-, Armen- und Steuerbüchern keinen Ausweg mehr wußten. Diese Lage wurde noch verschärft dadurch, daß sich die westlichen Vororte mit pluriakrischer Bevölkerung hermetisch von den anderen abtrottelten und sich dadurch von der Tragung der allgemeinen Lasten drückten. Das ist jetzt anders geworden und wird auch so bleiben. Der 16. Oktober müsse allen Unverständigen und Rückschrittlichen die Erkenntnis bringen, daß das wertvolle Volk von Berlin den ersten Willen habe, auf der einmal beschrittenen Bahn eines Groß-Berlins weiter zu schreiten.

In der Aussprache über diesen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag meldete sich auch die deutschnationale Stadtverordnete Frau Ludwig zum Wort, und was sie sagte, das war in der Tat das

Bekanntnis einer schönen Seele.

Sie meinte nämlich seelenruhig in bezug auf die Bewegung Los von Groß-Berlin, man könne es den Zehlendorfer Bürgerlichen doch gar nicht verdenken, daß sie sich dieser Bewegung anschließten, denn es sei so schön in Zehlendorf, daß man das übrige Berlin gar nicht brauche. Als man der Dame empört zurief: „Das ist doch der reine Egoismus!“, erwiderte sie hoch lächelnd: „Ja wohl, das ist Egoismus, aber ein gesunder!“ Und auf einen weiteren

Zuruf erwiderte sie mit derselben stolischen Ruhe: „Ich brauche Berlin nicht, denn ich habe mein Einkommen aus Zehlendorf.“ Schließlich bestritt Frau Ludwig auch, als Schwester des deutschnationalen Stadtverordneten Pfarrer Koch-Berlin, daß ihr Bruder gefast haben soll, die Juden seien eine Seuche. Dabei entschloß sie sich ein merkwürdiges Geständnis, das ihr z. B. bei Herrn Wulle keine Freundschaft erwecken wird. Sie meinte nämlich, sehr viele ihrer ostgalizischen Glaubensgenossen aufs schärfste mißbilligen. Der Diskussionsredner der USP., Stadtdr. Köhlik, sowohl wie Genosse Hirsch in seinem Schlusswort widersprachen der Stadtdr. Ludwig in bezug auf die Aeußerung des Pfarrers Koch entschieden. Pfarrer Koch habe tatsächlich die Juden als eine Seuche bezeichnet. Stadtdr. Köhlik brachte auch noch zur Kenntnis, daß ein Arzt von Beruf, der Geh. Obermedizinalrat Kirchner, als Stadtverordneter es fertig gebracht habe, zu sagen: „Die Juden fressen uns die ganze Nahrung weg.“ In seinem Schlusswort betonte dann auch Genosse Hirsch unter großem Beifall, daß offenbar die Ultras die Deutschnationalen und die Kommunisten, unbeherrschbar seien und daß ihnen die Wählerschaft deshalb am 16. Oktober die richtige Antwort erteilen müsse. Während die Bürgerlichen sich ruhig verhielten, betätigten sich die anwesenden Kommunisten in allerlei wilden und deshalb unverständlichen Urmwölkungen.

Die Auslese des Straßenbahn-Fahrpersonals.

Der richtige Mann am richtigen Platz.

Bei der Reorganisation des Berliner Straßenbahnwesens wird großer Wert auch auf die Heranbildung brauchbaren Personals gelegt. Sicherheit, Wirtschaftlichkeit des ganzen Unternehmens hängen sehr vom Personal ab. Darum hat man auf dem Straßenbahnhof an der Siegfriedstraße in Lichtenberg, der übrigens mit seinen 500 Wagen der größte Straßenbahnhof der Welt ist, eine besondere Schule für Fahrpersonal eingerichtet. Stadtdr. Adler, der Chef des Betriebswesens der Stadt, zeigte sie gestern den Vertretern der Presse.

In einer einleitenden Ansprache betonte Herr Adler, daß diese Lehrstätte es der Straßenbahnverwaltung ermöglichen soll, bei der Ausbildung des Fahrpersonals den Grundsatz: „Der richtige Mann am richtigen Platz“ durchzuführen. Hier werden schon bei der Eignungsprüfung, die mit dem Aufstellungsforschenden vorgenommen wird, die psychotechnischen Methoden angewendet. Oberingenieur Tramm, der die Schule geschaffen hat, schilderte das Prüfungs- und Unterrichtsverfahren. Die Prüfung betrifft u. a. die Schärfe des Auges, die Schnelligkeit des Erkennens, die Schärfe des Gehörs, die Sicherheit der Hände beim Gebrauch der Fahrtrübel, der Bremse usw., die Geistesgegenwart bei plötzlichen Störungen, die Ruhe und Unerschütterlichkeit gegenüber Schreckwirkungen. Mit allerlei sinnreich erdachten Apparaten, mit Buchstaben- und Farbtafeln, läutenden Glocken, aufblühenden Lampen und schredenden Kurzschlusslampen wird dem Prüfling so zugeführt, daß er sich wie in einem Fregefeuer vorzukommen könnte. Durch diese Prüfungen erprobt sich die Verwaltung selber wie auch den Prüflingen viel Enttäuschungen, die sich früher, als die Fahrwärter auf dem Wagen selbst ausgebildet wurden, immer wieder einstellen. Es stellt sich nämlich heraus, daß unter hundert sich Meldenden nur etwa dreißig für den Beruf des Straßenbahnwagenführers geeignet sind.

Berlin ist die erste Stadt im Deutschen Reich, die eine solche Einrichtung geschaffen hat. Die Wirkungen der psychotechnischen Eignungsprüfung und des Fahrschulunterrichts haben, wie Tramm mitteilte, sich sehr bald darin gezeigt, daß die Betriebsicherheit zunahm. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Zusammenstöße um 30 Proz., die schweren Verunglückungen von Personen um 40 Proz. vermindert. Durch zweckmäßiges Verhalten der ausgebildeten Fahrer ist auch ein Rückgang des Stromverbrauches erreicht worden. Schließlich darf aber auch der innere Gewinn des Personals selber nicht unterschätzt werden. Der richtige Mann am richtigen Platz kann nicht nur dem Gesamtwohl besser dienen als andere, die infolge falscher Berufswahl ihren Aufgaben nicht gewachsen sind. Er findet auch mehr Freude an seinem Beruf, der richtig gewählt ist und seinen Fähigkeiten entspricht.

Zum Tode verurteilt.

Das Kino als Verführer.

Der Frauenmord in der Stargarder Straße, der schon einmal gegen den noch jugendlichen Arbeitsburschen Willi Kieding die Strafkammer des Landgerichts I beschuldigt hat, kam

Blick des Kaufmanns und der nach innen gerichtete Blick des Gelehrten — das ist das rechte Augenpaar für Stadt und Staat.“ Görke sprach lange. Tiedemann sahen mißmutig, daß der Braten kalt ward und die Soße zu gerinnen drohte. „Und so heiße ich denn unseren lieben Doktor Henning in unserer Familie herzlich willkommen und bitte Sie, einzustimmen in den Ruf: Das Brautpaar hoch, hoch, hoch!“

Henning stieß sein Glas vor lauter Glückseligkeit so fest an Görkes Glas, daß es zerprang und ein Spritzer Rotwein auf Görkes helle Weste gelangte. Die Tanten sahen darin ein Unglücksomen. Die Herren ein gutes Zeichen: „Das bedeutet Glück.“ Henning selber war tief unglücklich, um so mehr, als er im Gedränge der Gratulanten sein Bräutchen nicht fand.

Hermann stieß mit dem Onkel an. „Wie gefällt dir die Rede?“ fragte der Oberlehrer.

„Sie war stilvoll und taktvoll. Mein alter Herr wird noch mal Konful werden.“

Oberlehrer Sanders lächelte bitter. „Ja, die Rede war sehr taktvoll; das taktlose Wort Liebe kam nicht vor.“

„Nein, Onkel, du hast recht, das kam nicht vor. Aber ob es Thea erwartet hat?“ Beide sahen zu der Braut hinüber, die eben lachend mit Lothar Franziskus sprach, und dann blickten sich beide an, ohne den Gedanken auszusprechen, der sie erfaßt hatte.

Die Stimmung stieg mit jeder Viertelstunde. Ein Trinkspruch folgte auf den anderen. Baurat Brandstätter trank auf das Wohl des Elternpaares und des holdseligen Bräutigams. Ein paar hatten das Hoch schon zu früh ausgestoßen, fielen jetzt aber doch enthusiastisch in den allgemeinen Chor ein. „Ich finde, das Hoch hätte er schon früher sagen können.“ sagte van Steen — Kohlenkaufmann van Steen aus der Roepergasse — zu seiner Nachbarin; sie lehnte pfiffig Neugierlein blickten wie Weihnachtslichter. Sie lächelte etwas verschämt; laut zu lachen wagte sie nicht mehr, seit sie gemerkt hatte, daß der genossene Wein nicht ganz ohne Wirkung geblieben war.

Ein allgemeiner Wirrwarr entstand jedesmal, wenn ein Hoch vorbei war. Alle Gäste gingen um die Tafel herum, um mit den Görkes und dem Brautpaar anzustoßen. „Mein lieber Herr Görke.“ sagte Konful Steputat, „wer hätte das je gedacht, nicht wahr? Ja, wahrhaftig, wer hätte das gedacht?“ Aber er wurde von anderen beiseite gedrängt.

(Fortf. folgt.)

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Fräulein ging G. G. Cottasche Buchhandlung Nachf. Stuttgart u. Berlin plötzlich belebt. Es war zwölf Uhr. Die Schüler stürmten aus den benachbarten Schulen hinaus, lachten schrien und bagelten sich. Hüte flogen durch die Luft. Fräulein ging still durch allen Lärm und alles Lachen.

„Nie sage ich ihm.“ schwor sie sich, „daß ich hierhergegangen bin. Nie. Ach, vielleicht werde ich es ihm auch nie sagen dürfen.“

Vor ihr gingen zwei Schüler; der eine zeigte dem anderen das Pensum für die nächste Religionsstunde: Der Verführer führte ihn auf einen hohen Berg und zeigte ihm alle Reiche und alle Herrlichkeit auf Erden.

Ein Wagen, mit Bonny's bespannt, lenkte den Eifrigen ab. „Ja.“ dachte Fräulein, „so ist das Leben. Es zeigt uns alle Reiche und alle Herrlichkeit auf Erden und läßt uns dann im Tale, wo nichts mehr zu sehen ist.“ In ihren Augen lag eine große Mutlosigkeit und eine große Trauer.

Tiedemanns waren die ersten, die in den Danziger Hof zum Verlobungsfest kamen.

„Ich habe heute nichts seit dem Mittag gegessen.“ gestand Tiedemann, „und auch da nur einen Eierkuchen. Donnerwetterchen, wollen wir aber heute den alten Görke schädigen!“

„Über Männer!“ Frau Tiedemann schrie vor Wonne. „Du bist doch oft zu pudig.“

Ein wenig später kam Tante Berta. Sie war etwas indigniert, daß man sie nicht durch einen Herrn im Wagen hatte abholen lassen.

„Aber Tanten, es ist ja noch keine Hochzeit, man bloß eine Verlobung.“ Das beruhigte sie endlich.

Frau Görke war schon fünfmal im Laufe des Tages im Hotel gewesen. Sie hatte den Restaurateur und den Koch halb zur Verzweiflung gebracht. Sie hatte immer das Gefühl, diese Leute würden etwas vergessen oder sich verspäten oder nicht das festgesetzte und bezahlte Menü bringen. Wie leicht konnten sie es mit irgendeinem anderen Essen verwechseln.

„Also zuerst Schildkrötensuppe.“

„Gnädige Frau können ganz unbesorgt sein —“ Frau Görke war aber nicht unbesorgt. Ihr Hausfrauenstirn litt schmerzlich unter dem Gefühl, was hier alles wieder von der Tafel abgetragen werden müsse, ohne daß man es für die Familie verwerten könnte. „Es ist unverzeihlich von Vater, daß er es nicht zu Hause angerichtet hat.“

Aber Thea fand es viel schicker und war zum erstenmal seit langer Zeit mit dem Vater zufrieden.

Als um acht Uhr erst die Hälfte der Gäste da war, begann Frau Görke vor Angst bei dem Gedanken zu zittern, daß die anderen nichts von der Einladung wußten, daß sie zu spät ergangen oder daß versehentlich ein anderes Datum angegeben sei. Und dann seien die halben Kosten zum Fenster hinausgeworfen.

„Dann füttern Tiedemanns das übrige auf.“ lachte Görke.

„Es soll nichts vor die Schwelme kommen.“

Endlich war alles so weit. Die Gäste sahen; die Musik begann. Und die Suppe — die Schildkrötensuppe — wurde aufgetragen. Der Wein blinkte, der Fisch kam. Frau Görke beruhigte sich.

Auf einen Wink Görkes brach die Musik ab. Görke sprach, beide Hände auf die Stuhllehne vor sich gestützt, langsam und deutlich vom Segen der Familie, vom Sieg des Familiengedankens, von der Ausbreitung des Görkeschen Familienstammes, der jetzt einen neuen Trieb ansetze.

Der Bräutigam sah glücklich lächelnd auf den Schwiegervater. Was für ein prächtiger Mann war das doch, dieser als unzugänglich verschriene Millionär. Sprach er nicht wie ein Vater? Und was für schöne Worte fand er doch! Er sah Thea strahlend an und drückte ihr selig die Rechte. Thea zog ihre Hand aus der seinen, mit leichtem Stirnrunzeln. Er merkte es gar nicht.

Aber Tante Berta hatte es wohl bemerkt. Sie beschloß, auf Thea zu achten und ihre Mutter gelegentlich zu fragen, ob sie sich noch immer nicht in die Ehe mit Doktor Henning gefunden habe.

Görke kam auf den Stand Hennings zu sprechen. „Die humanistische Bildung ist allezeit in unserer Stadt hoch in Achtung und Ehren gestanden.“ Er verkehrte nie mit einem Nichtkaufmann und sah auf seinen Schwager, den Oberlehrer, nur mit Achselzucken. „Die praktischen Stände hand in hand mit den wissenschaftlichen; der weit in die Ferne gerichtete

Hern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I nochmals zur Verhandlung. Niedrig war damals zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Jetzt stand der 22jährige Arbeiter Emil Böhmke wegen Mittäterschaft an diesem schweren Verbrechen vor den Geschworenen.

Wie erinnerlich, ist am 22. November v. J. die in der Starvorber Str. 61 wohnende bejahrte Witwe Emilie Gillerl von dem 17jährigen Niedrig unter Beihilfe eines Komplizen ermordet worden. In einem Klutopp in der Münzstraße sah er in einem Schauerstück „Der Bürger“, wie eine Frau von einem Verbrecher in wenigen Sekunden zu Tode gemüht wurde. Er beschloß, es ebenso zu machen und eine alte Frau umzubringen und zu berauben. In einer Kaskemne lernte er den Böhmke kennen und dieser war bereit, an dem Unternehmen sich zu beteiligen. Als Opfer wurde die alte Frau Gillerl ausgewählt, die Niedrig konnte. Es gelang ihnen, am 22. November, vormittags gegen 12 Uhr, bei Frau Gillerl Einlass zu erhalten. Diese ist dann in der gewöhnlichen Weise ermordet und beraubt worden. Während Niedrig gleich nach der Tat durch Nachbarn der Ermordeten festgenommen werden konnte, gelang es Böhmke zu entweichen; er konnte auch erst nach einem Tage verhaftet werden. Während der jugendliche Verbrecher den Böhmke als seinen Verführer schilderte, behauptete dieser, daß er von dem Verbrecher zurückgetreten und schon vor Begehung der Tat aus dem Hause geflohen sei. In diesem Sinne führte auch N.-H. Dr. Frey seine Verteidigung. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage wegen Mordes, so daß das Gericht den Angeklagten zum Tode verurteilte.

Sensationeller Freispruch in einem Familiendrama.

Ein überraschendes Ergebnis hatte ein Mordprozeß unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dransfeldt. Wegen Mordversuchs war der Werkzeugschlosser Otto Dohrmann angeklagt, welcher nach seinem eigenen Eingeständnis auf seine Ehefrau mehrere Revolvergeschosse abgegeben hatte.

Der bisher unbescholtene Angeklagte hatte im vergangenen Jahre geheiratet und war gezeugen, vorläufig in der Wohnung seiner Schwiegermutter zu wohnen. Dieses Zusammenleben von „alt und jung“ führte bald die Einnacht der jungen Eheleute, da die seit 18 Jahren von ihrem Manne getrennt lebende Schwiegermutter sehr selbständig geworden war. Schließlich wurde die ganze Ehe nur noch zu einem Kampfe eines Mannes gegen zwei Frauen. Der Angeklagte behauptete sogar, daß die Schwiegermutter in unerlaubter Weise dafür gesorgt habe, daß sich kein Familienzwang einstelle. Die Sache spitzte sich schließlich zu, als die Schwiegermutter dem Angeklagten die Wohnung kündigte, so daß dieser gezwungen war, zu seinen Eltern zu ziehen. In dieser Situation beschloß D., durch Selbstmord der Dual ein Ende zu bereiten. Nach einem erneuten Verhandlungsversuch gab der Angeklagte auf offener Straße auf seine Frau mehrere Schüsse ab, setzte dann die Waffe an die Schläfe und drückte ab. Die Patrone verlor, außerdem wurde ihm die Waffe von Passanten aus der Hand geschlagen.

Vor Gericht belohnten die Frau und die Schwiegermutter den Angeklagten äußerst schwer. Demgegenüber bat Rechtsanwält Dr. Erich Treitel die Geschworenen, sich in die Höhe dieses Mannes hinein zu versehen. Krieg, Unterernährung und die sorgfältigen Aufregungen hätten aus dem Angeklagten einen völlig überreizten Menschen gemacht, der im Affekt schließlich zur Waffe gegriffen habe, ohne in diesem Augenblick Herr seiner Sinne zu sein. Die Geschworenen kamen zu einer Verneinung der Schuldfrage, so daß der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden mußte.

Die Folgen einer verfehlten Ehe.

Der wegen Erschießung seiner Ehefrau verhaftete Polizeiarbeiter Johann Reuß aus der Beamtenkolonie „Dahleim“ in Mariendorf wurde mit seinem ebenfalls festgenommenen Sohne noch gestern abend von Kriminalkommissar Treitel vernommen. Reuß ist geständig, die Tat im Streit begangen zu haben. Er hatte, wie mitgeteilt, erst im Februar d. J. seine Frau geheiratet und erst nachträglich, nachdem er von ihr zur Hochzeit gedrängt worden war, erfahren, daß sie früher keinen sittlich einwandfreien Lebenswandel geführt hat. Auch jetzt gab sie ihm noch in dieser Hinsicht wiederholt Anlaß zu Auseinandersetzungen. Die Ehe war bald sehr unglücklich und Reuß hatte schon ein Verfahren eingeleitet, daß die von ihm geschlossene Ehe für nichtig erklärt werden sollte. Auch am Montagabend gab es zwischen den Eheleuten wieder einen heftigen Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Reuß, der angeirritet war, griff dabei in große Aufregung und griff in dieser zur Waffe. Sein Sohn hat mit dem ganzen Vorgang nichts zu tun, da er sich während der fraglichen Zeit anderswo aufgehalten. Er wurde auch sofort wieder entlassen.

Kritik am Umsteigegefahrchein.

Aus den Kreisen der Straßenbahnfahrer schreibt man uns: Die Stadtverwaltung hat jetzt bekanntlich das Weiterfahren auf Umsteigegefahrcheinen auf der ursprünglich benutzten Linie bzw. einer dem gleichen Ziel zustrebenden gestattet, jedoch mit der Maßgabe, daß dies nur an den Kreuzungspunkten geschehen kann. Diese Bestimmung führt aber für die Benutzer der Straßenbahn immer noch zu Ungerechtigkeiten. Der Fahrgast, der z. B. mit der Linie 61 vom Rollendortplatz kommt, kann am Alexanderplatz innerhalb der Zwelstundensfrist seine Einläufe besorgen oder andere Bedürfnisse erledigen und dann nach Weiskens weiterfahren, während ein anderer, der in der Danziger Straße eine kleine Befragung oder dergleichen miterledigen will und an der Greifswalder Straße wieder einsteigt, um den kürzeren Fahrweg auf einer der

dort ankommenden Linien nach Weiskens zu benutzen, durch die betreffende Bestimmung daran gehindert ist. Es sollte der Stadtverwaltung gleichgültig sein, von welchem Punkt aus der Fahrgast mit seinem Umsteigegefahrchein die Weiterfahrt antritt, und es zeigt von großer Ungeheuerlichkeit, wenn man den einen Fahrgast zwingen will, den weiteren Weg einer Linie zu benutzen. Oder will man demnächst dazu übergehen, den Inhaber des Umsteigegefahrcheins auf dem Straßenpflaster auf seine privaten Bedürfnisse hin zu kontrollieren? In anderen Städten, z. B. Dresden, kennt man solche einengenden Bestimmungen für die Benutzung des Umsteigegefahrcheins nicht. Wo fort mit dieser lehren obrigkeitlich-spießindigen Schranke, die zu nichts weiter als Unzufriedenheiten führt.

Für die Umsteigegefahrcheine der Straßenbahn wird, wie wir schon erfahren, vom 10. Oktober ab die Verbesserung eingeführt, daß beim Umsteigen der Anfangspunkt der zweiten Fahrt nicht mit dem Endpunkt der ersten Fahrt zusammenzufallen braucht. Bestehen bleiben aber die Vorschriften, daß die zweite Fahrt innerhalb zwei Stunden gemacht werden muß und keine Rückfahrt sein darf.

Hilfe für die Minderbemittelten.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Heimann und Genossen haben für die nächste Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 6. Oktober, folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auch in diesem Jahre für die minderbemittelte Bevölkerung als Beihilfe und zur Anschaffung von Brennmaterialien den Betrag von 8 Millionen Mark bereitzustellen.

In den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung Groß-Berlins wird dieser Antrag, dem auch die übrigen Fraktionen ihre Zustimmung nicht werden versagen können, lebhaftest Begegnung hervorgerufen, denn es ist allgemein noch in Erinnerung, daß auch im vorigen Jahre derselbe Betrag von 8 Millionen Mark bewilligt worden ist, und zwar wurde das Geld für Wirtschaftsbetrieben im Betrage von 30-50 M. und für Hergabe von Brennholz verwandt. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtert statt verbessert, so daß die von ihnen besonders hart Betroffenen eine Beihilfe sehr dringend brauchen.

Die Feststellung der Stadtlisten.

Im Zentralwahlamt trat gestern der Stadtwahlprüfungsausschuß zur Prüfung und Zulassung der Stadtwahlvorschläge zusammen. Es waren rechtzeitig 9 Stadtwahlvorschläge eingegangen, von denen nur die Listen der Demokraten, des Zentrums und der Wirtschaftspartei eine Verbindung untereinander erklärten.

Auf der Stadtbliste der SPD. stehen folgende Kandidaten an erster Stelle: Geschäftsführer Franz Krüger (Köpenick), Lehrerin Elisabeth Niedgar, Gasarbeiter Franz Weh (Kleinandorf-Weiß), Geschäftsführer und Redakteur Dr. Richard Bohmann (Treptow), Hof-Sekretär Erich Platow, Innalthe Hugo Subke, Geschäftsführer Friedrich Schlegel, Parteisekretärin Minna Lodenhagen (Treptow), Stadtssekretär Otto Brinkmann (Köpenick), Schriftsteller Kurt Heilig (Zehlendorf).

Von den übrigen Parteien beginnen die Listen der USP. mit Bürgermeister Karl Leib, Parteisekretär Wilfried Dittmann, Rechtsanwalt Siegfried Weinberg; der Kommunistischen Partei mit Schriftsteller Ernst Reuter, Friesland, Elektriker Georg Koslowski und Zeichner Max Dörr; der Demokraten mit Geh. Justizrat Hove, Kommerzienrat Bamberg und Geh. Regierungsrat Pregel; des Zentrums mit Stralankstapfarrer Dr. Salzgeber, der Wirtschaftspartei mit Gastwirt Oscar Roeder und Direktor Paul Busch; der Deutsch-sozialen Partei mit Schriftsteller Richard Runge-Friedenau; der Deutschen Volkspartei mit Geheimrat von Egnern und der Deutschen Nationalen Volkspartei mit Justizrat Paul Hädicke, Pfarrer Julius Koch und Verbandsdirektor A. D. Dr. Steiniger.

Die neuen Gaspreise. Unter dem Vorbehalt des Stadtorordneten Ausschusses lagte am Dienstag abend der Stadtorordneten-ausschuß zur Vorbereitung der Dekussionsfrage für die schon bemittelte Erhöhung der Böhne und Gehälter. Es handelte sich gestern abend im wesentlichen um die Erhöhung des Gaspreises, die schon einmal mit den Stimmen der Unabhängigen abgelehnt worden war. Gestern abend gaben die unabhängigen eine Erklärung ab und stimmten dann ebenfalls mit den Bürgerlichen und Arbeiter-Sozialisten für die Magistratsvorlage und damit für die Erhöhung des Gaspreises auf 1,55 M. Diese Erhöhung bedauert sich für den Rest dieses Jahres 1921 auf 30 Millionen Mark und für das kommende Jahr auf rund 60 Millionen Mark.

Raubanfall auf einen Schüler. Als ein Schüler gestern abend durch die Hofgärten im Tiergarten rodelte, verlor er sich plötzlich zwei junge Männer den Weg. Einer gab ihm einen Stoß, doch er vom Rad fiel. Der zweite bemächtigte sich dann sofort des Rades, rief an und jagte davon. Auch der andere entkam, indem er in das Gebüsch hineinflüchtete. Das geraubte Rad, Marke Wanderer, hat ein schwarzes Gestell und Freilauf und trägt die Nr. 24200. — Auch in der weiteren Umgebung Berlins nehmen die Raubankfälle kein Ende. So wurde gestern in Sommerfeld bei Oranienburg eine ältere Dame von drei jungen Burden überfallen und unter Vorkahlung einer Pistole ausgeplündert. Den Räubern fielen 1000 M. bares Geld und alle Schmuck- und Wertgegenstände in die Hände.

Bei dem Streit zwischen Brauereien und Gastwirten in Berlin handelt es sich, wie man uns von sachverständiger Seite schreibt, nicht, wie die Öffentlichkeit noch vielfach irrtillich annimmt, um den

Preis, den die Brauereien für ihr Bier ab Brauerei den Gastwirten berechnen. Dieser Preis ist von den Gastwirten als berechnigt anerkannt und bleibt hinter dem Preis der meisten norddeutschen Brauereien zurück. Hier handelt es sich viel mehr um den Ausschankpreis der Gastwirte, den diese dem Publikum berechnen. Dieser Ausschankpreis soll auf Wunsch der Gastwirte-organisationen auf mindestens 6 M. je Liter erhöht werden. Damit ist aber ein Teil der Gastwirte und namentlich derjenige, der die arbeitende Bevölkerung zur Kundenschaft hat, nicht einverstanden. Die übrigen Gastwirte wollen nun ihre widerstrebenden Kollegen zwingen, ebenfalls diesen erhöhten Preis zu nehmen und verlangen zu diesem Zwecke von den Brauereien, daß diese den Gastwirten, die unter 6 M. verkaufen wollen, so lange die Lieferung sperren, bis sie dadurch gezwungen sind, den Preis auf 6 M. zu erhöhen. Ohne die Berechnung eines Ausschankpreises von 6 M. je Liter für einen großen Teil der Gastwirte bestreiten zu wollen, kann es doch den Brauereien nicht zugemutet werden, angesichts der widerstrebenden Ansichten innerhalb der Gastwirtskreise selbst die Hand zu Zwangsmaßnahmen gegenüber denjenigen Gastwirten zu bieten, die dem Publikum einen billigeren Ausschankpreis erhalten möchten.

Die weltliche Schule religiöser? In der von den logischen Alterndirektoren im Kreis Tiergarten gebildeten „Lehrer-Schule“ am 6. Oktober, abends 7 Uhr, war Herr Meyer in der Aula, Bremer Straße 15/17, über das Thema: „Ist die weltliche Schule religiös?“

Hauptbetriebsrat der holländischen Betriebe und Verwaltungen. Vollversammlung aller Betriebsräte des Magistrats am Donnerstag, den 6. Oktober, abends 6 Uhr, Köpenick-Bräuerei, Prenzlauer Berg.

Der Berliner Volkschor veranstaltet am Sonntag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, in der Alhambra 9 einen beliebigen Vortragabend, zu dem Gastkarten a 2 M. an der Abendkasse und in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 8, zu haben sind.

Filmschau.

In den Richard-Schwalb-Bildspielen werden die zwei Teile des Sensationellsten Romanes gezeigt. Es ist erstaunlich, was der Berliner Speditionsjüngling Fortunato alles versteht: Der in den ärmlichsten Verhältnissen aufgewachsene erweist sich als ein grandioser Reiter, er versteht es ebenso geschickt ein Auto wie ein Flugzeug zu lenken als sich geschicklich gekannt zu benehmen. So etwas kann sich eben nur in einem Film ereignen, dessen Handlung an den Hoaren herbeigelegten ist. Wenn die Zuschauer haben sich viel Mühe gegeben, aber es wäre doch besser, wenn das Publikum von solchen Nachweibern verschont bliebe. Uebrigens ist auch die Photographie ausnahmstweise nicht auf der Höhe.

„Eine Schreckensnacht in der Meyergerie“ heißt ein Film der Fahren-Hogenberg-Film-G. m. b. H., der im Terratheater (Gardenbergstraße) seine Uraufführung erlebte. In einer fast melodramatischen Bilderwelt der von anderen Ereignissen der zur Geringe bekannten Art (abends 7 Uhr, verstellte Theater, oder Jhrussch, Schluß: Verleumdung) sind einige Hauptereignisse nicht ungeschickt wiedergegeben. Das Theater erreicht seinen Höhepunkt als schließlich ein einziges Kindlein im Kostüm als Kindermädchen in den Räumen der Meyergerie verhaftet wird. (Gottlieb) merkt selbst der Unabgänger, daß das Kindlein nicht in Wirklichkeit zusammen mit dieser bösen Gesellschaft gestimmt wurde, weil die Bogt nicht den Jhrussch mit dem nötigen Heroismus. In einer Nebenrolle als gealterter Clown hat Herrmann V. L. eine prächtige erste Nacht gegeben.

Das gekohlene Millionenvergeht! bezieht im Sportpalast im Hauptteil des Abends. Das von dem Verfasser Hans Hans als journalistische Dichtung bezeichnete Stück enthält keine sonderlich neue Ideen. An den Hauptrollen erfreuen Kurt Somann, Harald Gaudin, Via Ueberholz, August Stiller, Rudolf Klein-Hodden, Albert Banail und Heinrich Verc durch vorzügliche Leistungen. Eingeleitet wird das Programm mit der zweiten Episode des großen Roboody-Films, betitelt „Der Richter des Bluffs“. Wie im ersten Teil hält der ausgezeichnete Spielführer Schöller auch hier durch seine artistische Kunst das Publikum in Spannung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 5. Oktober:

- 1. Kreis Prenzlauer Ber. 7 1/2 Uhr Sitzung der Tages- und Stadtverordneten im Sitzungssaal des Reichsgerichts-Komplexes.
- 2. Abt. (Früh 10.). 7 1/2 Uhr Funktionäre der Schulart, Mühlendorfer Straße 5. Alle Funktionäre und Beihilfer müssen erscheinen.
- 3. Abt. Berlin. 8 Uhr Mitgliederversammlung der Schulung, Königin-Luisen-Str. 42. Verhandlung um 7 1/2 Uhr abends.
- 4. Abt. Köpenick. Die für heute angelegte Abteilungsverammlung findet um 7 Uhr, die Funktionärsprechung um 7 1/2 Uhr in der „Rotenburger Kasse“, Rotenburger Damm 10, statt.
- 5. Abt. Weiskens. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im „Berliner Hof“, am Unionplatz. Referent Theodor Fischer: „Bericht vom Parteitag“.

Frauenveranstaltungen:

- 118. Abt. Grünau. 8 Uhr bei Ede, Altes Rathaus, Ecke Wilhelmstraße. Referent Laufenböck: „Wohlfühlreise in England“.

Morgen, Donnerstag, den 6. Oktober:

- 1. Abt. (Früh 10.). 7 1/2 Uhr sehr wichtige Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Schöller, Mühlendorfer Str. 5. Unabdingbares Erscheinen erforderlich.
- 2. Abt. (Früh 10.). 7 1/2 Uhr Sitzung der Parteiführer mit dem Abteilungs-vorstand bei Schulz, Alexander Str. 19.
- 3. Abt. Charlottenburg. Gruppe 2: 7 1/2 Uhr bei Henze, Schillerstr. 73 (Wohlfühlreise).
- 4. Abt. Reichshagen. 7 1/2 Uhr bei Schulz, Friedrichstr. 41, Mitglieder-versammlung. Referent Dr. B. Behlitz: „Bericht vom Parteitag“.
- 5. Abt. Mühlend. 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Schöller, Mühlendorfer-Str. 5. Parteisekretäre und Ortsleiter müssen ebenfalls erscheinen.
- 6. Abt. Köpenick. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Tornath, Marzahnstr. 31. Referent Dr. Ottowolf: „Bericht vom Parteitag“.
- 7. Abt. Weiskens. 8 Uhr Jahrsabend bei Ede.

Frauenveranstaltungen:

- 119. Abt. Grünau. 7 1/2 Uhr bei Altingen, Grünauer Str. 29. Vortragabend.

Gonorrhoe, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, Konferenz sämtlicher erwachsenen Mitarbeiter im Zentralprogramm, Altes Rathaus, S. 2, Hof, 3. Exp. Aula. Vortrag des Genossen Engelhardt über „Gonorrhoebehandlung“. Das Erscheinen aller erwachsenen Mitarbeiter zu dieser Konferenz ist unbedingt notwendig.

DEGEA

mit Aufstell-Vorrichtung

Das Qualitätseisen

bequemeres sauberes Bädlein
Ohne Eisenwechsel - Keine überflüss. Hitze
Keine Ermüdung des Handgelenks
Überall erhältlich
Auerlicht Gesellschaft
Berlin O 17

Das künstliche Höhenbäder „Artis“.

Im Oktober führt es sich wieder einmal, daß eine Pellagraleit geendet wurde, die in verhältnismäßig kurzer Zeit an sechs Stellen vorkam und nicht nur in Berlin (siehe, sondern in ganz Deutschland und sogar darüber hinaus berichtet wurde. Es ist das künstliche Höhenbäder „Artis“, Berlin, Welle-Allee-Platz 6a. Mit 22 Höhenbädern ist es die weltweit größte Spezialanstalt Deutschlands, und seit ihrem Bestehen hat bereits über 100.000 Behandlungen an mehr als 7000 Patienten ausgeführt worden. Der Direktor der Anstalt ist Spezialist auf dem Gebiete der Ultraschalltherapie, und seine wissenschaftlichen Aufsätze erschienen in vielen Berliner Zeitungen. Aber nicht nur Behandlungen mit künstlichen Höhenbädern werden in der Anstalt ausgeführt, sondern das Instrumentarium umfaßt das ganze Gebiet der elektro-physiologischen Heilmethoden, bei denen jetzt so glänzende Erfolge erzielt werden.

40 Pfund monatlich erhalten. Daß die Anstalt über ein gutes Höhenbäder-Instrumentarium verfügt, ist selbstverständlich, da diese zur Behandlung kommenden Fälle erst mittels Höhenbäderbehandlung oder Phototherapie diagnostiziert werden müssen. Es würde hier erwähnt werden, daß die Höhenbäder in Schweden vollendet gefahrlos sind. Außerdem wird der Höhenbäder durch einen Arzt und Höhenbädermann geleitet, der auch die medizinische Leitung der Anstalt hat. Natürlich verwendet er nach Bedarf auch die anderen Hilfsmittel der medizinischen Wissenschaft, wie Überzüge die ganze Behandlung in der Anstalt nach dem neuesten Stand der Wissenschaft erfolgt. Es dürfte vielleicht interessieren, bei welchen Krankheiten die hauptsächlichsten Heilerfolge erzielt werden. Ich folge bei der Aufzählung der folgenden Krankheiten anführt:

Hinterher, Hektik, Menstruationsbeschwerden, Weiblich, Beschwerden des Schwanzes und Beckens, Blasen- und andere Frauenkrankheiten, Magen-, Darm-, Nerven-, Kreislauf-, Nierenleiden, Hämorrhoiden, Eisen-, Beriberi, Gelenks-, Gicht-, Rheuma, Krampfadern, besonders Venen-, Herz-, Kreislauf- und Kopf-, nervöses, Rheumatismus (Rheumatis), Herz-Kreisl., Schlaf-, Hämorrhoiden, Degeneration, Katarakte, Krampfadern, Grippe, Grippe.

einem Schaden befürchten zu müssen, so ist es doch bei Anstalt in diesem, vorher mit dem leitenden Arzt der Anstalt zu sprechen, der die Anstalt genau (mit. Weiter Subjektive des Höhenbäder) festhält und einen gewissen Rhythmus einstellt.